

Politik

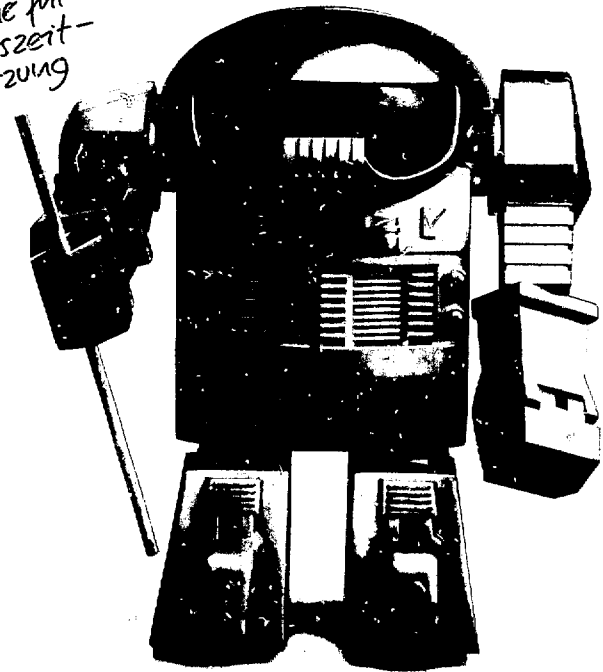
Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nr. 6

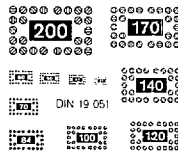
Juni 1984

Basis für eine weiterführende wirtschaftspolitische Diskussion

*Ich stehe für
Arbeitszeit-
verkürzung*



Beschlüsse des Essener Parteitages der SPD
zur Wirtschaftspolitik





C84-807

Die Anträge 1, 10, 13, 21 und 35 enthalten Ausgangspositionen für die Fortsetzung der Arbeit an den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD

Antrag 1

Arbeit für alle – Gemeinsam die Zukunft gestalten

In der SPD ist die Diskussion über gesellschafts- und wirtschaftspolitische Grundpositionen erneut in Gang gekommen. Die Grundwertekommission hat hierzu erste Vorschläge erarbeitet. Diese Diskussion muß in den nächsten Jahren fortgesetzt und vertieft werden. Die Anträge 1, 10, 13, 21 und 35 enthalten Ausgangspositionen aus heutiger Sicht für die Fortsetzung der Arbeit an den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, auf dieser Basis bis 1986 eine weiterführende wirtschaftspolitische Konzeption zu erarbeiten.

Um die vorhandene Sachkompetenz voll auszuschöpfen, wird die Partei aufgefordert, die Arbeit an den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD in ihren Untergliederungen ebenfalls fortzuführen.

Massenarbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern, der Hunger in der Dritten Welt, weltweiter Rustungswettlauf und drohende Umweltkatastrophen in einer vom Verfall bedrohten Weltwirtschaft sind die wirtschaftlichen Herausforderungen der 80er Jahre. Um sie zu überwinden, reichen kurzlebige Erholungsphasen nicht aus. Wir müssen uns auf flachere Wachstumsraten einstellen. Quantitatives Wachstum der alten Art wird die Probleme nicht lösen. Bei einer Politik, wie sie die jetzige Bundesregierung betreibt, wird die Arbeitslosigkeit hoch bleiben. Sie bekämpft statt der Arbeitslosigkeit den Sozialstaat. Die damit bewirkte massive Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen von unten nach oben wirft unsere Gesellschaft in Zustände zurück, die längst überwunden schienen.

Es kann keine wachsende Wirtschaft geben, wenn es keine wachsenden Märkte gibt. Für eine relativ gleichbleibende Menge von Gütern werden aufgrund gesteigerter Produktivität immer weniger Arbeitsstunden und demzufolge immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Die Folge ist zunehmende Arbeitslosigkeit.

Eine weitere Folge ist die Bildung von Finanzkapital sowohl bei den Beziehern hoher Einkommen, deren Konsum stagniert, wie auch bei den Unternehmern. Das Geschäft mit Krediten, Spekulationsgewinnen, Devisen und Immobilien blüht ebenso wie die Anlagen in zinsträchtige Geldanlagen, in Aktien, Edelmetallen und Rohstoffen. Ein Überfluß an Kapital und ungenutzter Arbeit – das ist die eigentliche Verschwendung, die sich unsere Gesellschaft leistet.

Wir sind es gewohnt, Arbeitslosigkeit als bedrohliches Symptom einer todkranken Wirtschaft aufzufassen. Die Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten sind aber ganz andere: Je entwickelte die Wirtschaft und je moderner die Technologie, desto höher ist die Produktivität. Diese resultiert nicht aus der Schwäche, sondern der Stärke der Volkswirtschaft. Diese Stärke ist nicht das Ergebnis allein eines mystisch verbrämten „freien Unternehmertums“, sondern die gemeinsame Leistung aller an der Volkswirtschaft Beteiligten, die unter anderem auch günstige Bedingungen für das Wirtschaften geschaffen haben: soziale und politische Stabilität, eine hochentwickelte Infrastruktur, hoher Qualifikationsgrad der Erwerbstätigen, steuerpolitische Faktoren, Arbeitsmoral und Leistungsbereitschaft. Nur sind die Pro-

duktivitätsgewinne in den letzten Jahren nur eine Seite der Sozialpartner zugute gekommen, den Kapitaleignern.

Sozialdemokratische Grundwerte erhalten von daher erneut großes Gewicht. Unser Bekenntnis zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität muß seine Bewährungsprobe gerade in schwerem Wetter bestehen. Sozialdemokraten haben in ihrer Geschichte immer für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung gekämpft, das Recht auf Arbeit aber ist eines der elementaren Rechte. Auch wenn die Bedingungen schwieriger geworden sind. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß jede Frau und jeder Mann die arbeiten wollen, auch arbeiten können.

Die zweite Krise, verschärft durch eine Weltwirtschaft belastende L.S.-Wirtschaftspolitik, die dramatische Verschuldungssituation vieler Länder, der sich verstärkende Nord-Süd-Konflikt und die wirtschaftlichen Lasten des Wolltrübsens haben die Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern dramatisch erhöht. Durch eine aktive Beschäftigungspolitik haben Sozialdemokraten bis 1980 eine relativ bessere Beschäftigung sichern können, als es fast allen anderen Ländern gelungen ist.

Als FDP und CDU sowie die Arbeitgeber mit ihrem TABU-Katalog eine aktive Beschäftigungspolitik blockierten, erhöhte sich auch in der Bundesrepublik die Arbeitslosigkeit wesentlich. Die seit der Wende betriebene konservative Wirtschaftspolitik hat die Probleme noch weiter zugenutzt. Die Einheitsfront von Arbeitgebern und Regierung gegen notwendige Arbeitsmarkterkürzungen, das beschäftigungspolitische Nichtstun, die konjunkturelke Umverteilungspolitik von unten nach oben, vor allem die Weigerung, eine vorausschauende Struktur- und Industriepolitik zu betreiben, die mangelnde Vertretung deutscher Interessen, die Defensivstrategie der Unternehmer, die einseitig auf Kostenreduzierung und Personalabbau statt auf Produktionsinnovation gerichtet ist, all dies bietet keine Perspektive zur Lösung unserer großen beschäftigungspolitischen Probleme.

Auch die sich z. Zt. abzeichnende schwache wirtschaftliche Erholung wird nur einen Strochfeuererfolg haben. Sie ist durch Steuergeschenke für Spitzenverdiener, massiven Sozialabbau und Reallohnsenkungen finanziert. Sie wird uns dem Ziel der Vollbeschäftigung nicht näherbringen. Sie ist keine Lösung von Dauer. Vor allem werden dadurch nicht die Strukturprobleme in den traditionellen aber auch in Zukunft wichtigen Industrieregionen oder im ländlichen Raum gelöst.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht die einzige Herausforderung, der wir uns zu stellen haben.

– Der Hunger in der Welt muß bekämpft werden. Ohne wirtschaftliche Entwicklung der armen Länder, ohne offeneren Märkte für deren Produkte gibt es keinen dauerhaften Frieden, auch keine Chancen für umfassenden Güteraustausch in der Welt.

– Eine weitere Zerstörung unserer Umwelt nehmen wir nicht hin. Frieden mit der Natur heißt, die Schonung der Natur und unserer Rohstoffquellen auch als eine wirtschaftliche Aufgabe zu begreifen.

– Die Chancen der Menschen in unserer Gesellschaft sind immer noch ungleich. Mehr Chancengleichheit heißt nicht nur mehr Gerechtigkeit, sondern auch die Erschließung von Fähigkeiten, die unseren Wohlstand mehrten.

Sozialdemokraten wollen in der Bundesrepublik ein gleiches/maßen marktwirtschaftlich wie sozial verpflichtetes Wirtschaftssystem. Sie werden entschieden allen Versuchen entgegenzutreten, die bisher erreichte Sozialbindung der Marktwirtschaft zu beseitigen oder einzuschränken.

Dies aber setzt verantwortliches staatliches Handeln voraus. Im Orientierungsrahmen '85 heißt es: „Die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz sind weitgehend unentleert. Gleichzeitig bedarf es aber geeigneter Instrumente staatlicher Beeinflussung und Förderung, Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses.“

Sozialdemokraten müssen einsichtige Steuerungsmöglichkeiten entwerfen und propagieren. Dabei können sie anknüpfen an die sozialdemokratische Tradition der Diskussion um die Demokratisierung der Wirtschaft.

In der Bundesrepublik Deutschland behindert auch die Existenz mächtiger Interessen die Lösung drängender Probleme. Machtkonzentrationen hemmen häufig Innovation und Anpassung. Sozialdemokraten wissen – auch aufgrund ihrer Regierungserfahrung –, daß hierdurch entstehende Fehlentwicklungen oft besser mit der Enttaltung des Wettbewerbs auf der Grundlage der marktwirtschaftlichen Ordnung vermieden werden können. Funktionsfähiger Wettbewerb muß Freiräume für die Entwicklung kleinerer und mittlerer Unternehmen schaffen, auf deren Innovationsfähigkeit wir angewiesen sind.

Die Bedeutung staatlichen Handelns wird dadurch nicht gemindert. Massenarbeitslosigkeit hat vielfältige Gründe – nationale und internationale. Deshalb muß auch mit einer Reihe aufeinander abgestimmter Schritte, einer gemischten Strategie vorgegangen werden, auf nationaler und internationaler Ebene, um mehr Beschäftigung zu erreichen. Es ist unverzichtbar, den wirtschaftlichen und sozialen Wandel zu gestalten, indem der Staat die notwendige Infrastruktur bereitstellt, geeignete einzel- und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen schafft, Machtzusammenballungen bekämpft und Impulse für qualifiziertes wirtschaftliches Wachstum setzt.

Die Flucht aus der politischen Verantwortung und die hinter ideologischen Phrasen verborgene politische Resignation vor den Problemen des Wandels, die die jetzige Bundesregierung erkennen läßt, führen dazu, daß die gegebenen Chancen verpaßt werden.

Nur wenn der Strukturwandel durch aktive Politik gestaltet wird, eröffnen sich Chancen für Freiheit und Gerechtigkeit, für eine menschlichere Gesellschaft, für neue Märkte, neue Produkte und humanere Arbeitsplätze, für mehr Freizeit und Selbstverwirklichung in einer sich erholenden Umwelt.

Die SPD tritt für eine integrierte zukunftsorientierte Industriepolitik ein. Eine zukunftsorientierte Industriepolitik stellt sicher, daß sich die materiellen wie die natürlichen und sozialen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens ständig erneuern. Sozialdemokraten treten ein für eine Industriepolitik, die sicherstellt, daß alle Mitglieder der Gesellschaft an gesellschaftlichem Reichtum gerechten Anteil haben: daß die vorhandene Arbeit verteilt wird; daß die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Renten- und Arbeitslosenversicherung, durch Arbeit und Kapital in dem Verhältnis ständig refinanziert werden, wie sie an der Produktivitätsentwicklung Anteil haben, und daß die nur endlich vorhandenen natürlichen Güter der Gesellschaft, wie Boden, Wasser und Luft, erhalten und im Umfang ihrer Nutzung mit industriellen Mitteln auch ständig erneuert werden.

Statt Nichtstun mit marktwirtschaftlichen Beschwörungsschemen zu verschleiern, wollen wir Sozialdemokraten die wirtschaftspolitischen Hauptprobleme offensiv angehen:

– Arbeitslosigkeit mit qualitativem Wirtschaftswachstum, Arbeitszeitverkürzung und qualifizierender Arbeitsmarktpolitik bekämpfen und die binnenwirtschaftliche Nachfrage durch Erhalt und Stärkung der Massenkaufrkraft beleben.

– traditionelle Industrieregionen modernisieren und die Umwelt- und Lebensbedingungen verbessern.

– Wachstums- und Beschäftigungschancen von neuen Technologien und die erweiterten Verteilungsspielräume dafür nutzen, daß die erforderlichen Umweltschutzmaßnahmen, die Sicherung des sozialen Netzes, Arbeitszeitverkürzung und die Humanisierung der Arbeitswelt erreicht werden.

– unsere natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung jeder gesellschaftlichen Entwicklung erhalten und die industrielle Produktion in Einklang mit dem Ziel zu bringen, ein ökologisches Gleichgewicht wieder herzustellen.

– unserer Verantwortung für die Weltwirtschaft und gegenüber den Ländern der Dritten Welt gerecht werden.

– Sozialdemokraten bekämpfen ihre Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft, in deren Mittelpunkt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretung, den Gewerkschaften, stehen. Sie setzen sich ein für die Sicherstellung der Montanmitbestimmung; sie fordern darüber hinaus generell ein paritätisches Mitbestimmungsmodell, wie es die Gewerkschaften entwickelt und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in ihre parlamentarische Arbeit aufgenommen haben.

Für die SPD sind Ausgangspositionen einer solchen Politik:

1. Die Nachfrage verstetigen

Ungenügende gesamtwirtschaftliche Nachfrage und zu hohe Zinsen im eigenen Lande und in der Welt haben wesentlich zur Entstehung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Strukturpolitik wird erfolglos bleiben, wenn nicht gesamtwirtschaftlich für ausreichende Nachfrage und deutlich niedrigere Zinsen bei hoher Geldwertstabilität gesorgt wird. Die politische Aufgabe der Konjunktur Stabilisierung bleibt national wie international unverzichtbar. Hierzu ist ein besseres Zusammenwirken von Finanz-, Geld- und Einkommenspolitik notwendig. Es geht nicht an, daß die Bundesregierung den Tarifparteien allein die Verantwortung für die Beschäftigung aufbürdet und die Verantwortung der Bundesbank bei der Geldwertstabilisierung endet. Vielmehr müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Staat, Bundesbank und Tarifparteien gemeinsam die Verantwortung für Wachstum, Beschäftigung und Geldwert übernehmen.

Die von der gegenwärtigen Bundesregierung zum Patentrezept erklärte generelle Forderung sozialer Leistungen ist keine vernünftige wirtschaftspolitische Konzeption. Der Mißbrauch der Beschäftigungskrise zum Abbau sozialer Sicherung wird den Gesundungsprozeß der deutschen Wirtschaft nicht fördern, sondern bremsen. Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit. Die radikale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dagegen ist ein vernünftiges wirtschaftspolitisches Ziel. Dieser Aufgabe wird die jetzige Bundesregierung mit ihrer unsocialen und gesellschaftspolitisch rückwärtigen Politik in keiner Weise gerecht. Nur die Zusammenarbeit aller kann zur stabilitätsorientierten Verstärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beitragen. Hierfür werden wir uns einsetzen. Ohne sozialen Konsens aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten ist eine dauerhafte Verbesserung der Situation nicht zu erreichen.

2. Durch Modernisierung Arbeitsplätze sichern

Wir stehen vor einem Schub bei der Einführung von neuen Technologien. Lassen wir diese Entwicklung einfach laufen, wird sich das Arbeits- wie das Privatleben ebenso drastisch

wie nachteilig verändern. Millionen Arbeitnehmer werden um ihren Arbeitsplatz bangen müssen.

Die neuen Technologien eröffnen aber auch eine Chance für zukunftsreiche Arbeitsplätze: eine Humanisierung des Arbeitslebens, Umwelt schonung sowie Energie- und Rohstoffeinsparung, und sie bieten neue Verteilungsspielräume durch hohe Produktivitätsgewinne.

Ob sich die technologischen Risiken in Chancen und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen wandeln hängt nicht von der Technik allein, sondern von den gesellschaftlichen Kräften ab, die über die Fortentwicklung und Einführung neuer Technologien entscheiden. Die Entwicklung und Einführung der neuen Technologien ist daher unter Berücksichtigung der humanen und sozialen Folgen zu gestalten. Die Entwicklung und Einführung neuer Technologien muß mit der Humanisierung der Arbeit und einer neuen Arbeitsorganisation gekoppelt werden, die dem steigenden Qualifikationsniveau unserer Arbeiter voll entspricht. Die technologische Revolution muß mit dazu beitragen, daß die Erwerbsarbeit nicht noch entfremdeter sondern sinnvoller und menschlicher wird.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Industriestaat, der in den Weltmarkt eingebunden ist. Unser Lebensstandard ist davon abhängig, daß unsere Produkte auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben. Ein wichtiges Ziel unserer Strukturpolitik muß daher die Modernisierung der Wirtschaft sein, damit sie im internationalen Wettbewerb mit anderen hochentwickelten Volkswirtschaften konkurrieren kann. Neue Produkte sind zu fördern, die Einführung neuer Produktionsverfahren, neuer Prozesse ist zu unterstützen. Die Anwendung neuer Prozesse im Inland ist die Voraussetzung für den Verkauf von Investitionsgütern auf den Weltmärkten. Ein Land wie die Bundesrepublik kann nicht auf Rationalisierung und Modernisierung verzichten, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Auf mittlere Sicht hilft nur eine entschlossene Modernisierung, die ganzen Branchen die neuen Märkte eröffnet. Auch wenn die Unternehmen nicht aus der Verantwortung für die Bewältigung dieser Aufgaben entlassen werden können, muß der Staat bei dieser Umstrukturierung zumindest zwei Funktionen wahrnehmen: Er muß sie sozial vertraglich gestalten sowie Informationen und Impulse für ihre Gestaltung geben.

Der technologische Wandel muß sich in Zukunft messen lassen

- im Produktionsbereich an den Folgen für die Qualität der Arbeit,
- im Konsumbereich am Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität,
- zudem an seinen Folgen für die natürliche Umwelt
- und an den Auswirkungen für demokratische und soziale Strukturen.

Solche Forderungen stoßen heute schon auf breite Zustimmung.

Unerlässlich ist in diesem Sinne eine vorausschauende Forschungs- und Technologiepolitik, die auf einem breiten technologiepolitischen Dialog gründet.

Eine zukunftsgerichtete Modernisierung unserer Wirtschaft ist nur realisierbar, wenn die Betroffenen sie akzeptieren. In wichtigen Bereichen muß der Staat durch seine Industriepolitik für entsprechende Bedingungen sorgen. Hierzu gehört ein verstärktes planerisches Vorausdenken, das die Technologiefolgen für den Menschen aufzeigt und rechtzeitig Reagieren auf strukturelle Wandlungsprozesse ermöglicht. Die Modernisierung bietet auch Chancen für eine weitere Humanisierung der Arbeitsplätze, die bisher kei-

nswegs ausgeschöpft sind. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Modernisierung so zu gestalten, daß die Arbeitswelt humaner wird. Dies heißt auch, daß Mitbestimmung, Mitwirkungs- und Informationsrechte der Arbeitnehmer gesichert und ausgebaut werden. Den Arbeitnehmern muß die Möglichkeit gegeben werden, sich für die neuen Anforderungen zu qualifizieren.

3. Im Strukturwandel neue Arbeitsplätze schaffen

Strukturwandel bedeutet mehr als Modernisierung der Industrie. Aufgabe der Strukturpolitik ist es auch, neue nicht-industrielle Beschäftigungsfelder zu erschließen. Die absehbare hohe Produktivitätssteigerung im industriellen Sektor werden dazu führen, daß die Konsumgüter, die die Menschen nutzen wollen, von immer weniger Menschen hergestellt werden. Das ist durchaus positiv einzuschätzen, da es genügend andere Aufgaben in der Welt gibt, für die zu arbeiten es sich lohnt.

Neue Arbeitsplätze können durch das Angebot neuer Dienstleistungen entstehen. Während in den klassischen Dienstleistungssektoren wie Banken und Versicherungen in absehbarer Zeit mit starker Rationalisierung zu rechnen ist, gibt es nicht nur neue Dienste, die sich unmittelbar dem Menschen zuwenden. Einmal besteht nach wie vor ein ungedeckter Bedarf an sozialen Dienstleistungen, der auch bezahlt werden kann. Zum anderen gewinnen zahlreiche persönliche Dienstleistungen im Handel, aber insbesondere in der Ausfüllung der Freizeit an Gewicht. Wichtige Beispiele sind: Kinder- und Altenpflege, Arbeit mit Behinderten und bessere Integration von Auslandskindern. Neue Arbeitsplätze entstehen aber auch durch personalintensive Handelsformen wie das Wiederentstehen kleiner Fleischer- und Bäckereien, neue Bildungsangebote für Freizeit und Hobby, aber auch im beruflichen Bereich, zum Beispiel auf dem Gebiet der Computertechnik, das Angebot von Freizeitaktivitäten, die Wiederbelebung von Restaurants. Es ist gar nicht möglich, all diese neuen Tätigkeitsbereiche aufzuzählen. Tätigkeitsbereiche, die im übrigen teilweise sehr alt sind, aber zwischenzeitlich von der industriellen Entwicklung verdrängt waren. Auch dem Handwerk kommt an dieser Stelle neue Bedeutung zu. In dem Umfang, in dem die Menschen für den Kauf von Industriegütern weniger aufzuwenden haben, werden sie diese Angebote nachfragen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Industriestaat und muß dies mit ihrer Einbindung in die Weltwirtschaft auch bleiben. Gerade deswegen ist es notwendig, Verständnis für den Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors zu haben. Das füreinander Arbeiten, der Austausch persönlicher Dienstleistungen auf dem Markt stellt genauso Produktion dar, wie die Herstellung von Konsum- oder Investitionsgütern. Auf diesem Gebiet liegen große Reserven für zusätzliche und nützliche Beschäftigung.

4. Neue Formen des Wirtschaftens entwickeln

Strukturpolitik muß dazu beitragen, daß diese neuen Tätigkeitsfelder gezielt erschlossen werden. Neue Organisationsformen müssen entwickelt werden. So erlauben es zum Beispiel genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Strukturen, daß eine Anzahl von Bürgern für die Erstellung eines Dienstleistungsangebots sorgt, das der einzelne weder erbringen noch wahrnehmen kann. Der Selbstverwaltung in kleineren Einheiten kommt hier besondere Bedeutung zu. Dabei wird alles genossenschaftliches Gedankengut aufgegriffen. Mit wachsendem Wohlstand wird der

Bürger eher individualisierte Dienstleistungen erwarten. In einer immer anonymen werdenden Welt bedeuten Dienste, die in kleinen Einheiten, gemeinschaftlich organisiert, erbracht werden, mehr Humanität.

Die Entwicklung neuer flexibler Organisationsformen mindert nicht die Bedeutung der großen Selbstverwaltungseinrichtungen der sozialen Sicherheiten. Diese sind für die soziale Sicherung unersetzbar.

5. Kleinen und mittleren Unternehmen helfen, die Gründung neuer Unternehmen fördern

Der Schutz kleinerer und mittlerer Unternehmen vor Markt-macht, gezielte Forschungs- und Innovationsförderung für solche Unternehmen und die Erleichterung von Existenzgründungen sind ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Hierzu gehört auch die steuerliche Begünstigung des reinvestierten, im Unternehmen verbleibenden Gewinns durch Schaffung einer steuerfreien Investitionsrücklage.

Staatliche Hilfestellung ist notwendig, um Finanzierungseinsparnisse für zukunftsorientierte Neugründungen und für Investitionen in neue Produkte und Verfahren zu überwinden. Die Banken müssen sich bisher weitgehend risikofreudig zeigen. Deshalb brauchen wir spezialisierte Banken oder Risikokapitalfonds. Zudem ist die Förderung gezielter Beratung nötig.

6. In traditionellen Industrielandschaften und benachteiligten Regionen Übergänge erleichtern und sozial verträglich gestalten

Die Modernisierung traditionell wichtiger Industrielandschaften und der Schutz der dort lebenden Familien vor wirtschaftlichem und sozialem Abstieg ist ein vorrangiges Ziel, das neue Ansätze in der Strukturpolitik erfordert. Vor allem dort, wo die vom Strukturwandel ausgehenden Probleme regional konzentriert sind – dies gilt zum Beispiel für Kohle, Stahl, Werten und Textil –, ist eine staatliche Unterstützung des Übergangsprozesses notwendig.

Die Bundesrepublik braucht ein nationales Stahl- und Werftenkonzept, das mittelfristig Produktionsziele vorgibt und Hilfen für neue Produktionen anbietet. Befristete Subventionen, die den Übergang erleichtern, müssen Bestandteil der Politik der Modernisierung und des Strukturwandels sein. Bei der Kohle ist darüber hinaus die langfristige Sicherung der Energieversorgung zu berücksichtigen. Notwendige Anpassungsprozesse in der Beschäftigungslage können aber auch durch eine Umgestaltung des Instruments der Kurzarbeit erleichtert werden. Hilfen der Arbeitsmarktpolitik müssen nicht nur bei konjunkturell bedingten Absatzschwankungen, sondern auch bei regional konzentrierten Umstrukturierungen gegeben werden.

Dazu brauchen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Qualifizierung der Arbeitnehmer muß dabei im Mittelpunkt stehen. Neben der beruflichen Fortbildung und Umschulung muß auch die Kurzarbeit mit Qualifikationsmaßnahmen zukunftsorientiert verbunden werden. Bei der Bewältigung von strukturellen Anpassungen muß Kurzarbeit künftig ein stärkeres Gewicht bekommen. Auf diese Art und Weise können auch alte Unternehmen in von langfristigen Strukturveränderungen betroffenen Sektoren und Regionen in den Stand versetzt werden, neue, auf künftige Absatzmöglichkeiten ausgerichtete Produktionen aufzunehmen. Gelingt es nicht, den Prozeß des Strukturwandels sozial verträglich zu gestalten, wird dieser an der Unlösbarkeit regionaler Pro-

bleme und am Widerstand der Betroffenen scheitern. In den vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen ist eine regionale Mobilisierung auf breiter Front notwendig, bei der im Zusammenwirken von Staat, Gewerkschaften und Unternehmen die Verbesserung der staatlichen Infrastruktur, die Umstrukturierung und Modernisierung bestehender Unternehmen und die Gründung neuer Unternehmen erreicht werden muß. Der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu.

7. Mehr für die Infrastruktur tun

Die Bereitstellung von Infrastruktur durch den Staat verbessert die Lebensbedingungen der Bürger und erhöht die Lebensqualität aller. Sie trägt wesentlich zur Erhöhung der Produktivität der Unternehmen und zur Verbesserung der Chancen benachteiligter Regionen bei. Die Ausstattung mit Infrastruktur ist nach wie vor sehr unterschiedlich. In vielen Regionen gibt es Nachholbedarf, insbesondere nach der Konsolidierungspolitik der letzten Jahre. Häufig wird verkannt, daß es notwendig ist, Infrastruktur zu erhalten und zu sanieren, wenn sich nicht Lebensqualität und Produktionsbedingungen verschlechtern sollten. Das gilt vor allem auch für die Regionen, die dem Strukturwandel besonders ausgesetzt sind. Beispielhaft sei verwiesen auf:

- Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung
- Wohnungs- und Städtebau, Sanierung der Wohnumwelt
- Verkehr, insbesondere öffentlicher Personennahverkehr und Modernisierung des Schienenfernverkehrs
- Kultur- und Bildungsbetriebe,
- Telekommunikation, Forschungseinrichtungen.

Wir brauchen eine Erhöhung und Verstärkung öffentlicher Investitionen. Da diese zu einem großen Teil von den Gemeinden getätigt werden, ist eine Reform der Gemeindefinanzen notwendig, die die Autonomie der Gemeinden vergrößert und ihre Finanzausstattung auf eine breitere Basis stellt. Mittelfristig ist hier an eine Wertschöpfungsteuer als Ablösung der unzureichenden und ungerechten Gewerbesteuer zu denken, die mit eigenem Hoheitsrecht der Gemeinden auf alle Arten staatlicher und privater Leistungserstellung erhoben wird.

8. Für die Umwelt arbeiten

Die Aufgabe, eine bessere Umwelt zu schaffen, erfordert mehr Arbeit und führt insgesamt zu mehr Beschäftigung, auch wenn künftig in einzelnen Bereichen Arbeitsplätze verlorengehen sollten. Arbeit und Umwelt stehen also nicht im Gegensatz zueinander, sondern bedingen sich. Die Industrialisierung und wirtschaftliche Ausnutzung der Umwelt sind sowohl fortgeschritten, daß Arbeit und Lebensbedingungen in der Welt nicht voneinander isoliert werden können. Umweltpolitik heißt, die Belastung der Umwelt vermindern und mit den vorhandenen Rohstoffen und der Energie sparsamer umgehen. Dies eröffnet neue Märkte für neue Produkte. Das kann auch durch die Verminderung der Schadstoffe in der Produktion, durch den Einbau von Filtern und Kläranlagen, durch den Ausbau der Fernwärme und die Umstellung von Industrieerzeugung auf Kohle sowie durch die beschleunigte Markteinführung neuer Energietechnologien gefördert werden. Die Beschäftigungseffekte dieser Umweltpolitik sind erheblich. Die Grundprobleme Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung können und müssen in einer gemeinsamen Strategie bekämpft werden. Die Bildung eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“ wird die Lösung der Umweltprobleme in einer Übergangsphase erleichtern und beschleunigen.

Grundsätzlich besteht kein Anlaß, die Kosten des Umweltschutzes der öffentlichen Hand anzulasten. Allerdings wird in einer längeren zeitlich befristeten Sanierungsphase, in der vor allem alle Umweltbelastungen beseitigt werden müssen, ein vorübergehender Verzicht auf strikte Anwendung des Verursacherprinzips unvermeidbar, vor allem, um den Sanierungsprozeß zu beschleunigen.

Mit dem Rhein-Bodensee-Programm im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms konnte ein „Umkippen“ des Rheins verhindert werden. Ems, Weser und Elbe haben ein solches Programm ebenfalls nötig. Träger der Einzelmaßnahmen konnten hier Kommunen sowie Bund und Länder, aber auch gewerbliche Unternehmen sein. Durch finanzielle Anreize könnte auch das Modernisierungstempo in der Energiewirtschaft vergrößert werden. Die durch dieses Programm direkt und indirekt ausgelösten Umweltinvestitionen werden beträchtlich sein und zu zusätzlicher Beschäftigung insbesondere in der Bauwirtschaft und der Investitions-güterindustrie führen. Die Entwicklung neuer Umwelttechnologien wie z. B. zusätzlich Beschäftigung durch Exporte zur Folge haben. Es ist also auch ökonomisch sinnvoll, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit der Bekämpfung der Umweltzerstörung zu verbinden.

9. Jetzt die Arbeitszeit verkürzen

Ein kräftiger Schub öffentlicher und privater Investitionen und die Entwicklung neuer Tätigkeitsfelder lösen Auftrags- und Beschäftigungsimpulse aus. Aber mit qualifiziertem Wachstum allein kann ein durchgreifender Erfolg auf dem Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht erwartet werden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein breiter wirksamer und unverzichtbarer Beitrag zu einer Strategie für mehr Beschäftigung. Die Wahl der Form der Arbeitszeitverkürzung ist wegen der Tarifautonomie und der unterschiedlichen Verhältnisse in den Branchen und Betrieben unter Berücksichtigung der Wünsche der Arbeitnehmer den Tarifparteien zu überlassen. Wir unterstützen die Gewerkschaften, die für die 35-Stunden-Woche und für eine deutliche Verkürzung der Lebensarbeitszeit kämpfen.

Der Staat muß allerdings geeignete Voraussetzungen für Arbeitszeitverkürzungen schaffen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat hier auf den eingebrachten Gesetzentwürfen für eine Vorruhestandsregelung und ein modernes Arbeitszeitgesetz wichtige Vorarbeit geleistet.

Die SPD lehnt Modelle der Arbeitgeber und Bundesregierung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit als Alternative zu einer generellen Verkürzung der Arbeitszeit ab:

- Teilzeitarbeit darf nicht dazu dienen, Vollzeit-Arbeitsplätze wegzurationalisieren oder die Arbeitsbedingungen von Vollzeitarbeitnehmern zu verschlechtern.
- Verbot der Leiharbeit und verstärkte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

10. Mehr zur Entwicklung der Dritten Welt beitragen

Die internationale Verschuldungskrise hat den Entwicklungsprozeß in vielen Ländern der Dritten Welt nahezu zum Stillstand gebracht. Hunger und Not dort. Absatzrückgänge hier sind die Folgen. Internationale Solidarität und moralische Verantwortung verpflichten uns zur Hilfe.

Die Länder der Dritten Welt sind auch unsere Handelspartner von morgen. Die Länder der Dritten Welt sind auf die Entwicklungshilfe und den Nettokapitaltransfer zu ihren Gunsten angewiesen, um ökonomisch und politisch zu überleben. Wir verfolgen das Ziel, mindestens 0,7% des Brul-

tosozialprodukts für die Entwicklungshilfe aufzubringen, weiter. Dies ist unabhängig von jeder wirtschaftlichen Überlegung ein Gebot der Humanität. Wirksamste Verbesserung der Entwicklungshilfe wurden sich aber auch in zusätzlicher Beschäftigung bei uns niederschlagend. Die Solidarität der Industrieländer mit den Ländern der Dritten Welt ist aber nicht nur aus diesem Grund gefordert. Der unter dem Vorsitz von Willy Brandt erarbeitete Bericht der Nord-Süd-Kommission „Hilfe in der Weltkrise“ weist den Weg zu einer auch ökonomisch sinnvollen Lösung der Nord-Süd-Ver-teilungsfrage.

Nötig ist ein international abgestimmter Plan, der, so wie der Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufbau Europas ermöglichte, nun die Voraussetzungen für die Entwicklung der Dritten Welt und gleichzeitig die Exportchancen der Industriestaaten verbessert.

11. Internationale Zusammenarbeit ausbauen

Der Verfall der Weltwirtschaft kann nur aufgehalten werden, wenn es zu mehr internationaler Zusammenarbeit kommt. Dies zützt allen Beteiligten. Der internationale Handel schafft Wohlstand für alle, die sich daran beteiligen. Protektionismus nutzt auf Dauer niemandem. Länder, die auf ihn bauen, müssen auf sonst möglichen Wohlstand verzichten. So wie im Innland der Staat für vorläufige Rahmenbedingungen für das Wirtschaften sorgen muß, so muß durch internationale Zusammenarbeit auch für die Weltwirtschaft ein Ordnungsrahmen geschaffen werden. Besonders dringlich ist die Reform des Weltwährungssystems, das unabhängig von der Dollar-Entwicklung gemacht werden muß. Die Währungsordnung der westlichen Welt wäre stabiler, wenn die großen Währungsböcke, der Dollar, der japanische Yen und eine – hoffentlich bald einheitliche – europäische Währung besser zusammenarbeiten würden.

Die Weltwirtschaft wird auch gefährdet durch die Finanzkrise und durch hohe Zinsen. Zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems gehört eine umfassende Entschuldungsoperation: für die Entwicklungsländer, bei der die Kosten für die Altsschulden zwischen Banken, Industriestaaten und Schuldnerländern aufgeteilt werden.

Überall in der westlichen Welt ist insbesondere das hohe Niveau der Realzinsen ein Hindernis für die weitere Entwicklung. Es beeinträchtigt die Investitionen in den Industrieländern, es saugt die geringen Exporterlöse der Entwicklungsländer auf. Selbst wenn die Vereinigten Staaten als Nettokapitalgläubiger der Welt mit den hohen Zinsen leben können, die übrige Welt kann es nicht, insbesondere nicht die Dritte Welt.

Weil der Weg aus der Krise der Weltwirtschaft nur über eine noch stärkere internationale Zusammenarbeit gefunden werden kann, setzen wir uns nach wie vor für einen internationalen Beschäftigungsspekt der großen Industrieländer ein. Nur durch Zusammenarbeit aller Beteiligten, Abstimmlung ihrer Wirtschaftspolitik auf einen gemeinsamen Kurs für mehr Beschäftigung, gemeinsame Bekämpfung des Protektionismus, Verantwortung für die Entwicklung der Dritten Welt kann die Weltwirtschaft aus ihrer Krise herausgeführt werden.

12. Für solide Finanzen sorgen und die Lasten gerecht verteilen

Viele der neuen Beschäftigungsfelder in unserer Volkswirtschaft können privat finanziert werden. Manche sind staatlich zu finanzieren oder zumindest zu fördern. Da die staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten begrenzt sind und die

gestiegene Zinsbelastung den staatlichen Handlungsspielraum auf allen Ebenen zu sehr einengt, halten wir grundsätzlich eine Konsolidierung für notwendig. Solange Massenarbeitslosigkeit besteht, dürfen Konsolidierungen nicht die notwendige Beschäftigungspolitik behindern. Für uns hat soziale Gerechtigkeit einen besonderen Rang. Die entstehenden Lasten zur Überwindung der Wirtschaftskrise müssen sozial ausgewogen verteilt werden. Dieses Prinzip gilt sowohl für die anstehende Senkung der Besteuerung von Löhnen und Gehältern, für die Förderung der Familie, wie auch für Konsolidierungsmaßnahmen auf der Einnahmensseite. Die jetzige Bundesregierung verstößt in eklatanter Weise gegen den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Ausgewogenheit bei der Lastenverteilung. Sie begünstigt die Besserverdienenden und belastet die Bezahler durchschnittlicher Einkommen.

Sozialdemokraten fordern dagegen eine zeitlich befristete Erzeugnisabgabe und eine Rücknahme der Vermögenssteuerentlastung. Wir wollen keine Konsolidierung, die die zur Überwindung der Arbeitslosigkeit benötigte Nachfrage weiter gefährdet. Wir wollen keine Konsolidierung, die die sozialen Sicherungssysteme langfristig schwächt. Wir brauchen eine Sozialreform und keinen Sozialabbau.

Konsolidierung muß auch auf der Einnahmensseite ansetzen. Hier hat sie noch dazu positive Struktureffekte: beim zügigen Abbau von Steuervergünstigungen, die zu Fehlallokationen des Kapitals führen, Umweltgaben sollten in einem Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ eingebracht werden. Dieses dient der Förderung von Umweltinvestitionen.

Der Mißbrauch von Steuervorteilen, Steuerhinterziehung, Wirtschaftskriminalität und die steuerliche Begünstigung unproduktiver Anlagen führen zu staatlichen Mindererträgen und wirtschaftspolitisch zu erheblichen Kapitalfehlallokationen. Um das Kapital in produktive Märkte und Arbeitsplätze schaffende Bereiche zu lenken, ist es wirtschaftspolitisch geboten, derartige Steuerbestimmungen abzuschaffen und gesetzeswürdige Praktiken zu unterbinden. Es ist volkswirtschaftlich unsinnig und steuerpolitisch unerträglich, wenn Löhne und Dividenden automatisch an der Quelle besteuert werden, nicht aber Kapitaleinkünfte. Gleichzeitig müssen die Freibeträge für Kapitaleinkünfte mindestens verdreifacht werden, so daß der kleine Sparer steuerlich nicht belastet wird.

13. Für Strukturwandel und Modernisierung qualifizieren

Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen hat keine Berufsausbildung. Ein großer Teil der Betriebe beteiligt sich nicht an der betrieblichen Ausbildung. Durch die technische Entwicklung und neue Organisationsformen der Arbeit werden die Arbeitsplätze, für die keinerlei Ausbildung notwendig ist, in Zukunft noch seltener werden. Schulischer Bildung und beruflicher Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, insbesondere der Qualifizierung von Arbeitslosen und derjenigen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, kommt immer größere Bedeutung zu. Die Arbeitsförderungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit sind zu sichern und auszubauen. Da es sich hierbei um eine allgemeine Aufgabe handelt, sind an ihrer Finanzierung alle Bürger zu beteiligen. Eine Reform der betrieblichen Ausbildung und ihrer Finanzierung ist notwendig, wenn der jungen Generation wider Perspektiven eröffnet werden sollen. Nur eine Qualifizierungsoffensive auf breiter Front schafft die Voraussetzungen, mit denen Modernisierung und Strukturwandel unserer Volkswirtschaft bewältigt werden. Die soziale Bewältigung des technischen Wandels und die Verbesserung der

individuellen Arbeitsmarktchancen müssen gleichrangige Ziele sein

14. Den Strukturwandel durch Mitbestimmung gestalten

Der Strukturwandel und seine Folgen für die Qualifikation der Arbeitnehmer und die Zahl der Arbeitsplätze können nicht von oben gegen die breiten Schichten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften unter Aushöhlung des sozialen Grundkonsenses durchgeführt werden. Mitbestimmung gehört zu den Voraussetzungen einer erfolgreichen Politik des Strukturwandels. Ihre Einschränkung würde nicht nur einen Prozeß der Gefährdung oder gar Zerstörung sozialer Strukturen auslösen, sondern auch den sozialen Konsens als Grundvoraussetzung der weiteren Entwicklung in Frage stellen. Mitbestimmung erfordert starke Gewerkschaften. Sie soll dazu beitragen, daß wirtschaftliche Entscheidungen nicht über die Köpfe der Arbeitnehmer hinweg und an ihren Interessen vorbei gefällt werden. Mitbestimmung muß für den einzelnen Arbeitnehmer auf allen Ebenen erfahrbar bleiben. Die dauerhafte Sicherung der Montanmitbestimmung und die Verwirklichung der paritätischen Mitbestimmung in allen Wirtschaftsbereichen haben Vorrang.

Die Ausweitung der Mitbestimmungsregelungen bei der Einführung neuer Technologien ist notwendig, um die Arbeitnehmerinteressen bei der Gestaltung der Technologie frühzeitig einzubringen. Dann, „die Gefährdung vieler Arbeitsplätze... infolge breit angelegter Rationalisierungsprozesse durch neue Technologien hat wiederum deutlich gemacht, daß eine weitere Demokratisierung unserer Wirtschaft unverzichtbar ist. Daher ist nicht nur eine paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen notwendig, sondern auch „eine Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes, die die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen bei der Planung, Einführung und sozialen Gestaltung neuer Technologien sichert“ (Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Anwendung der Mikroelektronik).

15. Den Arbeitslosen Chancen erhalten

Arbeitslosigkeit ist individuelles Schicksal, das in der Regel gesellschaftlich verursacht ist. Die Gesellschaft kann sich ihrer Verantwortung für die Menschen, die arbeitslos sind, nicht entziehen. Dauerhafte Arbeitslosigkeit zerstört den Menschen und seine Wiedereingliederungsmöglichkeit. Jedem Menschen muß aber eine Chance gegeben werden, die er Tätigkeit nachzugehen. Wenn es gar nicht anders geht, muß der Staat vorübergehend Arbeitsplätze bereitstellen, Arbeit beschaffen. An vielen Stellen unserer Gesellschaft gibt es dringende Aufgaben, die immer noch vernachlässigt werden. Der Staat auf allen seinen Ebenen muß hier mit öffentlicher Finanzierung (einschl. Mitteln der Arbeitsmarktpolitik) die Voraussetzungen schaffen, um Arbeitslosen eine Chance zu geben, wieder eine nützliche Tätigkeit zu tun und damit ihre Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Die Kosten vernünftiger Arbeitsbeschaffung liegen nicht sehr viel höher als die Kosten der Arbeitslosigkeit.

16. Soziale Sicherheit auf Dauer gewährleisten

Die Arbeitslosigkeit belastet das soziale Sicherungssystem zur Zeit mit mehr als 50 Milliarden DM. Dies ist neben dem sich verändernden Altersaufbau der Bevölkerung das eigentliche Problem des sozialen Sicherungssystems, es sind nicht die angeblich zu hohen Leistungen. Wächst das Ein-

kommen langsamer, nehmen auch die Sozialleistungen langsamer zu.

Die Sozialversicherungen müssen wieder unabhängig von der Arbeitslosigkeit werden. Die Kosten für die Arbeitslosigkeit sind bei der Bundesanstalt für Arbeit zusammenzufassen. Die Renten- und die Krankenversicherungen können dann bei entsprechenden Strukturreformen mit den Schwierigkeiten fertig werden. Die Finanzierung der Kosten der Arbeitslosigkeit ist auf eine andere Basis zu stellen. Die Arbeitslosenversicherung ist keine Versicherung im engeren Sinne. Bei der Größenordnung, die die Arbeitslosigkeit heute erreicht, können nicht nur die an der Lohnsumme orientierten Beiträge die Basis für die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung sein. Die durch neue Technologien ermöglichten betrieblichen Erträge müssen auch zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit herangezogen werden.

Für die Rentenversicherung ist langfristige eine breite Finanzierungsgrundlage notwendig. Dafür geben der Essener Parteitag sowie über die Orientierung der Arbeitgeberbeiträge an der Wertschöpfung der Unternehmen und die Vorschläge der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Alterssicherungssysteme“ die Richtung an.

17. Mehr Zusammenarbeit ist nötig – national und international

Das Schicksal von mehr als 2 Millionen Menschen, die vergeblich einen Arbeitsplatz suchen, verlangt rasches und entschlossenes Handeln. Aktive Beschäftigungspolitik vor dem Hintergrund einer mittelfristigen Konzeption der Modernisierung und Umstrukturierung der deutschen Volkswirtschaft ist notwendig. Hierzu bedarf es eines Aktionsprogramms, das sofort einsetzt. Dieses kann nur realisiert werden, wenn es zu mehr Zusammenarbeit kommt.

Die enge weltwirtschaftliche Verflechtung aller Industrieländer begrenzt die Wirksamkeit nationaler wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen um so mehr, je größer der Exportanteil am Sozialprodukt ist. Dies gilt für die Bundesrepublik Deutschland ganz besonders. Deswegen ist mehr internationale Zusammenarbeit, eine bessere Abstimmung der Politik nötig.

Dies gilt auch für die Europäische Gemeinschaft. Konkret heißt dies vor allem, daß eine engere Zusammenarbeit der EG-Länder deshalb notwendig ist, damit Europa seine Wettbewerbsfähigkeit erhält und dort, wo es sie verloren hat, zurückgewinnt. Europa kann nur in stärkerem Zusammenwirken die hohe Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen. Europa braucht engere Kooperation der Unternehmen, es braucht gemeinschaftliche Aktionen zur besseren wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, um den Herausforderungen der USA und Japans entgegenzutreten zu können. Dazu müssen die EG-Finzen neu geordnet und vor allem der Agrarmarkt reformiert werden.

Zwar ist der Gütertausch zwischen den EG-Ländern beträchtlich gestiegen. Doch unter dem Druck von 12 Millionen Arbeitslosen verstärken sich die nationalen Egoismen. Der EG-Binnenmarkt leidet unter zunehmendem Protektionismus. Eine Erneuerung der europäischen Zusammenarbeit ist deshalb unverzichtbar. Die SPD hat dazu ihre Vorstellungen im Europa-Wahlprogramm und im Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Selbstbehauptung Europas“ niedergelegt.

Aber alle zunehmende Kompliziertheit der weltwirtschaftlichen Beziehungen und die Verschärfung internationaler Schwierigkeiten befreien nicht von der Pflicht zu nationalem Handeln. Die Verantwortung für Preisstabilität und Beschäftigung ist unteilbar. Finanz-, Geld- und Einkommenspolitik müssen ineinandergreifen, um den Geldwert zu stabilisie-

ren und die Beschäftigung zu sichern. Die Lösung der Beschäftigungskrise erfordert die Zusammenarbeit aller Verantwortlichen. Staatliche Wirtschaftspolitik hat hierfür den Rahmen abzustücken.

Die Kooperation aller Verantwortlichen wird aber nur zu Stande kommen, wenn der soziale Konsens, der so viele Jahre die Basis unseres Wohlstands war, erhalten bleibt. Die Gefahr, daß Rücksichtslosigkeit, die mutwillige Zerstörung sozialer Strukturen und Entsolidarisierung an Bedeutung gewinnen, wird immer größer. Die Aufkündigung des sozialen Konsens würde nicht nur die Grundlage unseres Wohlstands zerstören. Sie würde die Lösung der Beschäftigungskrise auf lange Sicht verhindern. Am Ende wären wir alle armer. Sozialdemokraten werden sich dieser Entwicklung entgegenstellen. Sie werden die Zukunft gestalten und damit Arbeit für alle schaffen. Dies sind wir auch unserer Jugend schuldig.

Vielleicht wäre möglich, wenn nicht der weltweite Rustungswettlauf zu Überlastung und Verschwendung unserer Produktionsmöglichkeiten und damit zu Wohlstandsverlusten führte. Auch deshalb sind wir dafür, mit einer weltweiten Abrüstung Ernst zu machen. An die Stelle sinnloser Verschwendung muß endlich eine sinnvolle Verwendung unserer Möglichkeiten, die Welt zu gestalten, treten. Es gilt, menschenwürdige Lebensbedingungen dort zu schaffen, wo sie unwürdig sind, es gilt, sie dort zu bewahren, wo sie bedroht sind.

Antrag 10

Zukunft für alle, die Arbeit gestalten

1. Zur Einschätzung der Wirtschaftskrise

Seit fast 10 Jahren gibt es staatliche Programme gegen Inflation und Arbeitslosigkeit mit immer dem gleichen Ziel: Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen. Der Weissen Rat der Wirtschaftssachverständigen empfiehlt alle Jahre wieder „Investitionsprogramme“ und „umfangreiche Erleichterungen für die Wirtschaft“. Die Regierungen erleichtern auch das Investieren, aber es kurbelt sich nichts an. Kurzfristig wird auch etwas mehr konsumiert und investiert, aber eine dauerhafte „Belebung der Nachfrage“ will sich nicht einstellen. Unternehmer investieren nicht dann, wenn das Investieren leichter gemacht wird, sondern wenn sie steigende Gewinne aufgrund steigender Nachfrage oder durch Rationalisierung erwarten. Wo es nicht mehr als früher zu verkaufen gibt, kann die Wirtschaft nicht wachsen. Investitionserleichterungen werden deshalb nicht zur Kapazitäts-erweiterung, sondern zur Rationalisierung benutzt.

Es kann keine wachsende Wirtschaft geben, wenn es keine wachsenden Märkte gibt. Für eine relativ gleichbleibende Menge von Gütern werden aufgrund gestiegener Produktivität immer weniger Arbeitsstunden und demzufolge immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Die Folge ist zunehmende Arbeitslosigkeit.

Eine weitere Folge ist die Bildung von Finanzkapital sowohl bei den Beziehern hoher Einkommen, deren Konsum stagniert, wie auch bei den Unternehmen. Das Geschäft mit Krediten, Spekulationsgewinnen, Devisen und Immobilien blüht ebenso wie die Anlagen in zinsträchtige Geldanlagen, in Aktien, Edelmetallen und Rohstoffen. Ein Überfluß an Kapital und ungenutzter Arbeit – das ist die eigentliche Verschwendung, die sich unsere Gesellschaft leistet.

Wir sind es gewohnt, Arbeitslosigkeit als bedrohliches Symptom einer todkranken Wirtschaft aufzufassen. Die Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten sind aber ganz andere. Je entwickelter die Wirtschaft und je moderner die Technologie, desto höher ist die Produktivität. Diese resultiert nicht aus der Schwäche, sondern der Stärke der Volkswirtschaft. Diese Stärke ist nicht das Ergebnis allein eines mystisch verbrannten „reinen Unternehmertums“, sondern die gemeinsame Leistung aller an der Volkswirtschaft Beteiligten, die unter anderem auch günstige Bedingungen für das Wirtschaften geschaffen haben: soziale und politische Stabilität, eine hochentwickelte Infrastruktur, hoher Qualifikationsgrad der Erwerbstätigen, steuerpolitische Faktoren, Arbeitsmoral und Leistungsbereitschaft. Nur sind die Produktivitätsgewinne in den letzten Jahren nur einer Seite der „Sozialpartner“ zugute gekommen: den Kapitaleignern.

Die Psychopropaganda der Wirtschaftsliberalen und Konservativen

Die Argumentation der Wirtschaftsliberalen und der Konservativen zeichnet sich in den letzten Jahren zunehmend durch eine Tendenz zum Irrationalen und Metaphysischen aus, die einhergeht mit einer eklatanten Unkenntnis und Verständnislosigkeit gegenüber den Problemen materieller und sozialer Unsicherheit breiter Bevölkerungsschichten. Das Arsenal der Wende-Politiker reicht bis zur Provokation, Verleumdung und Verhöhnung der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und sozial Benachteiligten (soziale Hängematte, Anspruchsdicken, Sozial-Barock, „Leistung muß sich wieder lohnen“, die Löhne sind zu hoch ... etc.). Die schon gebetsmühlenhaft vorgetragenen Schlagworte der Wende-Propagandisten lassen zudem häufig die Kenntnis über reale Zusammenhänge der Ökonomie vermissen, denen die SPD in der Vergangenheit öffentlichkeitswirksam keine eigene Offensive der Argumentation entgegenzusetzen hatte.

Das Irrationale der Argumentation besteht u. a. in der Verbreitung eines wahren Wunderglaubens an die „Selbstheilungskräfte des Marktes“, in der Forderung nach Wachstum um jeden Preis, in dem Glauben an die alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme lösende „Privatinitiative“ und nicht zuletzt in der Behauptung, die Wirtschaft sei zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition nur deshalb auf den Hund gekommen, weil die Unternehmer kein Vertrauen mehr in die Politik hätten. Auch die von den Unternehmern beklagten „schlechten Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit“ sind reine Psychopropaganda, auf die nicht zuletzt Arbeitnehmer selbst hereingefallen sind. Was als rationaler Kern der Kampagne übrigbleibt, sind die Forderungen nach immer neuen Vorteilen in der Steuergesetzgebung, die Forderungen nach dem Abbau sozialer und materieller Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die Forderung nach ungehinderter Ausbeutung von Mensch und Natur und die immer unvernünftiger vorgelegene Forderung nach dem Abbau sozialer und demokratischer Rechte (z. B. im Mietrecht, im Datenschutz, im Verbraucherschutz, im Jugendarbeitsrecht, im Kündigungsschutz, im Bildungs- und Kulturbereich etc.).

Der Aufschwung ist da

Der von der liberal-konservativen Bundesregierung propagierte und von den Wirtschaftsweisen registrierte „Aufschwung“ trägt zur Verwirrung in der Bevölkerung bei. Dabei handelt es sich gegenwärtig um eine leichte, kurzfristige konjunkturelle Erholung, die aus der Steigerung der Exporte wegen der DM-Schwäche und aus dem Abbau der Sparrate für die Beschaffung von zurückgestelltem Konsum

sowie aus der vorausgegangenen tiefen Rezession herührt. Diese „leichte Erholung“ wirkt sich zwar auf die Unternehmensgewinne aus, trägt aber wegen der nicht ausgeschöpften Produktionskapazitäten und wegen weiterer technologischer Modernisierung nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Mit dem nächsten konjunkturellen Einbruch rechnen Wirtschaftswissenschaftler, zudem schon für 1985.

Wirtschaftswachstum als Allheilmittel?

Die konservativ-liberale Bundesregierung setzt immer noch auf Wachstum des Bruttosozialprodukts als Allheilmittel.

Eine Politik, die quantitatives Wachstum zur Grundlage macht, setzt jedoch Wachstumsfaktoren voraus, die sich zunehmend als illusorisch und unreal erwiesen haben:

- unbeschränkte Belastbarkeit der Natur und des Menschen mit Schadstoffen, Lärm, Abfällen und Streß;
- unbegrenzte Energie- und Rohstoffressourcen;
- unbegrenzte Konsummöglichkeiten und Konsumwünsche;
- ständig gleichbleibende Aussicht auf wachsenden unternehmerischen Gewinn;
- eine unbegrenzt leistungs- und ausbaufähige Infrastruktur.

Die Strategie forcierten privatwirtschaftlichen Wachstums:

- erzeugt immer wieder Überkapazitäten, die zu Rezessionen führen;
- basiert auf einer gigantischen Umverteilung zu Lasten der Masseneinkommen;
- zementiert die Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse;
- verschlechtert die betrieblichen Arbeitsbedingungen;
- erhöht durch die Ausweitung der Exportwirtschaft die Gefahr eines wachsenden Protektionismus im internationalen Handel.

Dies sich immer stärker abzeichnende ökonomische und ökologische Krise der Industrieländer macht deutlich, daß eine auf diesen Grundlagen aufgebaute Wirtschaftspolitik überholt ist, daß eine Fortsetzung verantwortungslos wäre und zu unübersehbaren nationalen und internationalen Krisen führen wird. Im Umweltbereich ist dies besonders grassierend: Je länger eine deutliche Kursumkehr aufgeschoben wird, desto kostspieliger werden selbst geringfügige Schritte zur Entlastung der Umwelt, bis sie schließlich kaum noch bezahlbar sind. Mit der Zunahme ökologischer Schäden wird auch der ökonomische Schaden immer größer.

Wenn von Wirtschaftsexperten gesagt wird, 5 bis 6 % Wirtschaftswachstum müßten sein, um die Arbeitslosigkeit bis 1990 schrittweise zu beseitigen, so ist schon jedem normal rechnenden Laien klar, daß dieses Ziel illusorisch ist.

Da 1 % reales Wirtschaftswachstum in 1980 von der Gütermenge her einer Rate von ca. 4 % im Jahr 1950 entspricht, bedeutet 6 %-iges Wachstum, daß vom Niveau Anfang der 50er Jahre aus das Sozialprodukt real um 24 % in den nächsten Jahren durchschnittlich zunehmen müßte, um auf diesem Wege die Arbeitslosigkeit bis 1990 abzubauen. Das Gesamtproduktionsvolumen müßte sich so alle 20 oder 30 Jahre verdoppeln, was bedeuten würde, die Güterproduktion in gigantische Höhen zu treiben. Das wäre nicht nur volkswirtschaftlich unsinnig, sondern auch vom Rohstoffverbrauch gesehen unvernünftig.

II. Kurz- und mittelfristige Maßnahmen

Die SPD fordert dagegen als kurz- und mittelfristige Maßnahmen

- eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik.
- eine umfangreiche Arbeitszeitverkürzung
- die Forderung von Eigenarbeit

1. Arbeit und Umwelt

a) Maßnahmen

Die SPD fordert staatliche Investitionsprogramme, die das Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, verbinden, mit Verbesserung der natürlichen und sozialen Umwelt. Zu fordern sind Maßnahmen:

- Zur sparsamen und rationalen Anwendung von Energie und zur Nutzung von Abwärme, insbesondere durch Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung auf der Basis heimischer Steinkohle; die Nutzung regenerativer Energiequellen, dezentrale Anlagen;
- zur Umstellung der Industriefeuerung auf Steinkohle;
- zur Reduktion von Emissionen, insbesondere bei Kraftwerken und Industriefeuerungen, über das verordnete Maß hinaus;
- zum Schutz von Gewässern;
- zur Wiederverwendung von Müll;
- zur Umweltsanierung hochbelasteter Regionen und zur Dörferneuerung;
- zu großräumiger Verkehrsberuhigung, Fahrradwegebau und Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs.
- zur Beschaffung von Wohnraum für sozial schwache Schichten;
- zum Ausbau der Sozial- und Humandienste.

Die SPD bekräftigt ihren Berliner Beschluß „Grundlagen für ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept“. Entsprechend dem Auftrag des Parteitag wird in der darin enthaltenen Forderung für eine umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftspolitik ein Bestandteil des zukünftigen Wirtschaftskonzepts der SPD sein.

Inzwischen, haben viele gewerkschaftliche Arbeitskreise in den Betrieben „alternative“ umweltfreundliche Produkte benannt, für die gesellschaftlicher Bedarf vorhanden ist.

Die SPD unterstützt solch Initiativen und fördert die Umsetzung solcher Vorschläge, wo immer es ihr möglich ist.

b) Finanzierung

Die Finanzierung dieser Maßnahmen sollte erfolgen:

- im Energiebereich durch Erhöhung der Mineralölsteuer, eine Abgabe auf ungekoppelt erzeugte Elektrizität und durch ordnungspolitische Maßnahmen nach dem Vorbild der USA, die die Bereitstellung von Kapital der Elektrizitätswirtschaft für energiesparende Maßnahmen bei den Anwendern anregen;
- im Umweltbereich durch die Bildung eines Sondervermögens
- Arbeit und Umwelt, zunächst aus öffentlichen Mitteln, um umgehend mit Förderungsmaßnahmen beginnen zu können, dann jedoch sollen zur Finanzierung die Verursacher von Umweltschädigungen herangezogen werden;
- im Verkehrsbereich durch Einsparung von Mitteln beim (wenig arbeitsintensiven) Fernstraßenbau und durch Mittel, die im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (das entsprechend zu ändern ist) bereitgestellt sind;

– im übrigen durch höhere Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hand, durch zins- und kündigungsfreie Kredite für die öffentliche Hand durch die Notenbank, durch Ertragsteuern auf den Einkommensteuertarif für Besitzer höherer Einkommen, durch eine Arbeitsmarktagabe aller Beschäftigten durch den Abbau überflüssiger Subventionen durch eine Kapitalerinkommensteuer als Quellensteuer ab einer bestimmten Höhe

Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und soziale Defizite, so wie in einer gemeinsamen Strategie bekämpft werden, die nicht zu hohen Belastungen der öffentlichen Haushalte führt

c) Verantwortung für die Dritte Welt

Kolonialismus, Imperialismus und kapitalistische Ausbeutung haben in der Dritten Welt einen abhängigen, deformierten Sektor der kapitalistischen Weltwirtschaft geschaffen, dessen Strukturen auch die formal nichtkapitalistischen Länder der Dritten Welt mit prägen. Aufgrund dieser Abhängigkeit und Deformation, sind die Gesellschaften der Dritten Welt zu einer nachholenden kapitalistischen ebenso wie zu einer eigenständigen nichtkapitalistischen Entwicklung aus eigener Kraft außerstande. Sie sind auf die Hilfe der entwickelten Länder angewiesen.

Eine veränderte Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik wurde z. B. in der Bundesrepublik die Möglichkeiten einer solchen Hilfe zu erweitern. Eine Politik des qualitativen Wachstums, die den technischen Fortschritt sozial kontrolliert und gestaltet, die die Vergeudung von Energie, Rohstoffen und Arbeitskraft vermeidet und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen verhindert, führt zwar zu einem gegenüber früher quantitativ geringeren Wachstum des meßbaren materiellen Wohlstands, gleichzeitig aber zu einer rascheren Verbesserung der wirklichen Lebensqualität.

Da die Bedürfnisse der Dritten Welt so dringend und so umfassend sind, daß die erforderliche Hilfe durch einen Wohlstandsverzicht der entwickelten Länder aus politisch-psychologischen Gründen nicht aufgebracht werden kann, ist Wachstum für diese Hilfe notwendig. Eine Politik des qualitativen Wachstums gibt jedoch die Möglichkeit, diese Hilfe kapitalistischen Gewinninteressen zu entziehen und den wirklichen Bedürfnissen der Dritten Welt entsprechend zu gestalten.

2. Arbeitszeitverkürzung

Das wirksamste Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie muß zu einer Politik für ein gezieltes, qualitatives Wachstum unter allen Umständen dazu führen. Die Zeit, in der gearbeitet wird, wird auch ohne Tarifvertrag ständig verkürzt. Das führt allerdings dazu, daß die größere Teil der Arbeitnehmer unter zunehmender Belastung weiterarbeitet, während der geringere Teil arbeitslos wird. Geht diese Entwicklung uneingeschränkt weiter, wird eine Schicht einer neuen Armut entstehen.

Zunehmende Rationalisierungsmaßnahmen, neue Technologien wie der Einsatz von Industrierobotern und der Mikroelektronik führen dazu, daß das Wachstum der Produktivität größer ist als das Wachstum der Produktion. Das aber führt unmittelbar zu zunehmender Arbeitsplatzvernichtung einerseits und zu verstärktem Streß derer, die die Arbeit behalten andererseits. Es ist aber unsinnig und inhuman, wenn 80 % der Arbeitnehmer unter zunehmendem Streß leiden, während 20 % arbeitslos werden.

Darum muß die Arbeit anders verteilt werden. Darum muß die Arbeitszeit rigoros verkürzt werden. Darum haben die Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung die volle Unterstützung der SPD. Die Produktivitätssteigerung der letzten Jahre ist einseitig den Kapitalgegnern

zugute gekommen. Durch drastische Arbeitszeitverkürzung sind der Arbeitnehmer an den Produktivitätsgewinnen zu beteiligen.

Die wirksamste Form der Arbeitszeitverkürzung ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche erbringt nach Berechnungen des WSI zwischen 1,4 und 1,8 Mill. Arbeitsplätze. Die SPD spricht sich klar und deutlich für die Forderung der IG-Metall nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aus. Sie wird die IG-Metall im Kampf zur Durchsetzung dieser Forderung mit allen Kräften unterstützen.

Die Einführung der 35-Stunden-Woche ist vernünftig und bezahlbar. Sie ist gleichzeitig ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeit. Sie ist durchsetzbar bei gleichem Lohn und Gehalt, weil der Lohnausgleich durch den Produktivitätszuwachs bezahlt werden kann. Von 1975 bis 1983 hat eine gigantische Umverteilung zugunsten der Gewinne stattgefunden. Während die Nettoreallöhne je Beschäftigten in diesem Zeitraum um 3,2 % gestiegen sind, haben die realen privaten Nettoprofiten (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen für die Unternehmer und privaten Haushalte) im selben Zeitraum um 30 % zugenommen. Seit 1980 sind Jahr für Jahr die Nettoreallöhne je Beschäftigten absolut zurückgegangen. Ihr Niveau liegt unter dem von 1978. Die Arbeitnehmer können auf Teile ihres Einkommens nicht verzichten. Darum gilt für die SPD: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Daneben unterstützt die SPD auch andere Formen der Arbeitszeitverkürzung, wie die Verkürzung der Lebensarbeitszeit in Form der Tarifrufe und die Verkürzung der Jahresarbeitszeit, d. h., mehr Urlaub.

Bedeutet schon die Verkürzung der Arbeitszeit einen Beitrag zur Humanisierung der Arbeit durch mehr Freizeit und weniger Stress, muß der Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte diesen die Möglichkeit geben, neben den tarifvertraglich abzusichernden Arbeitsbedingungen bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung im Betrieb dafür zu sorgen, daß die Versuche der Arbeitgeber scheitern, die Arbeitszeitverkürzung durch Intensivierung der Arbeit aufzulösen. Gleichzeitig müssen Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Investitionsentscheidungen, bei Entscheidungen über die Produkte und über die Produktionsverfahren geschaffen werden.

Darum unterstützt die SPD die Forderungen nach dem Ausbau der Mitbestimmungsrechte und der Schaffung humaner Arbeitsbedingungen, da auch im Zusammenhang der Verkürzung der Arbeitszeit.

3. Die Eigenarbeit fördern

Die Verkürzung der bezahlten Arbeitszeit gibt uns mehr Zeit zum Leben und damit mehr Zeit für andere Formen von Arbeit, etwa bei der Individuellen oder kooperativen Selbstversorgung. Je ärmer die bezahlte Arbeit an sozialen Erfolgen, an Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und Kreativität wird, um so größer wird das Bedürfnis nach anderen sinn erfüllten Arbeitsmöglichkeiten, z. B. im sozialen und kulturellen Bereich. Die SPD soll die Möglichkeiten zur Eigenarbeit stärken und ausbauen und sinnvoll mit den vorhandenen Einrichtungen verknüpfen. Das gilt vor allem in der kommunalen Kultur- und Sozialarbeit, aber auch bei der Schaffung von Mietergärten, selbstverwalteten Jugend- und Freizeiteinrichtungen usw.

Vieleorts entstehen neue Betriebe in alternativen Formen, z. B. in Genossenschaften, Kooperativen oder ähnlichem. Auch hier werden die Defizite in der Welt der bezahlten Arbeitszeit deutlich: Humanisierung der Arbeit, Selbst- und Mitbestimmung über Produktion und Produkt, Demokratisierung, umweltfreundliche und ressourcenschonende Produk-

tion sind Ziele vieler alternativer Projekte. Die SPD sollte sie fördern, vor allem durch Beratung und Hilfe bei der Finanzierung.

Die SPD wird vor allem in Ländern und Gemeinden, in denen sie Verantwortung trägt, Initiativen einbringen

- um die rechtlichen Grundlagen für diese Betriebsformen zu schaffen und abzusichern, z. B. im Genossenschaftsrecht,

- um Beratungs- und Förderungsmöglichkeiten zu schaffen bzw. zu unterstützen;

- um diesen Betriebsformen angepaßte Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche zu geben.

In der Eigenarbeit und in den neuen Betriebsformen werden alte Forderungen der Arbeiterbewegung verwirklicht: Die Entfremdung der Arbeit wird aufgehoben. Die SPD darf sich nicht nur um eine quantitative Arbeitszeitpolitik (Arbeitslosenquoten, Arbeitsplatzzahlen, Arbeitszeitverkürzung usw.) bemühen, sie muß auch eine qualitative Arbeitszeitpolitik verfolgen, d. h., alle Versuche und Ansätze fördern, die darauf zielen, die alten Forderungen der Arbeiterbewegung nach Aufhebung der Entfremdung der Arbeit zu verwirklichen.

III. Langfristige Perspektiven

Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche würde nach Berechnungen des WSI zwischen 1,4 und 1,8 Mill. Arbeitsplätze bringen, ein 100 Milliarden-Zukunftsprogramm ca. 300.000 Arbeitsplätze.

Bei Durchführung beider Maßnahmen würden wir 1990 wegen zunehmender Technologisierung und damit einhergehendem Arbeitsplatzaufbau und wegen der Bevölkerungsabnahme (geburtstarnte Jahrgänge) das heutige Arbeitslosenniveau erreichen. Das macht deutlich: Damit ist die Arbeitslosigkeit quantitativ zu begrenzen, nicht aber abzubauen. Diese Tatsache und die Endlichkeit der Ressourcen sowie die zunehmende Belastung der Umwelt machen darüber hinaus langfristige Maßnahmen zwingend erforderlich.

Die weltweite Wirtschafts- und Beschäftigungskrise dauert bereits ein Jahrzehnt. Während dieser Zeit hat der Glaube an ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum, das langfristig wieder Vollbeschäftigung schaffen und erhalten kann, stetig abgenommen, während Zweifel am Wachstum als Ziel des Wirtschaftens stetig zugenommen haben. Dennoch sind Alternativen zu einer vorrangig dem Wachstum verpflichteten Wirtschaftspolitik noch kaum ernsthaft entwickelt worden. Die Einbindung in die Weltwirtschaft scheint keine Alternative zu zulassen zur nahezu bedingungslosen Beschleunigung eines technologischen Wandels der Wirtschaft, der die Arbeitsproduktivität in stärkerem Maße erhöht als die Nachfrage und so Arbeitslosigkeit schafft!

Strukturkonservative und Wirtschaftsliberale mögen sich mit dieser Situation zufriedengeben und mit Appellen an die Leistungs- und Opferbereitschaft die Illusion einer Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch den „Aufschwung“ nähren. Sie nehmen damit in Kauf, daß einem wachsenden Teil der Bevölkerung die Beteiligung am Wirtschaftsleben und am gesellschaftlichen Reichtum verwehrt wird.

Sozialdemokraten können diese Vogel-Strauß-Politik nicht mittragen. Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Forderung nach Vollbeschäftigung und nach sozialer Beherrschung des technischen Wandels würde zu einer Leerformel verkommen.

Die SPD tritt für Arbeitszeitverkürzung ein als eines der Mittel, um der technologisch bedingten Arbeitsplatzvernich-

tung zu begegnen. Sozialdemokraten müssen aber darüber hinaus neue Antworten finden auf die brennendsten Fragen eines großen Teils der Bevölkerung nach dem Sinn des Wirtschaftens und nach der Beherrschbarkeit eines ziel- und lastlosen technischen „Fortschritts“, der sowohl die Organisation der Arbeit als auch die Palette der Produkte immer schneller verändert und damit die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung prägt

Die durch technische Rationalisierung ermöglichte Steigerung sinnvoller Produktion stößt an ihre Grenzen. Der Nachholbedarf sozial benachteiligter Schichten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Sättigungstendenzen gibt in den Bereichen materiellen Konsums, die (als Nachfrage) das historisch einmalige hohe Wirtschaftswachstum der Nachkriegsjahre nicht ermöglichen. Als großes Wachstumsfeld der Zukunft im Konsumbereich erscheint zwar noch der Kommunikationssektor. Aber seine hemmungslose Ausdehnung birgt schwerwiegende soziale Gefahren. Jedenfalls befriedigt sein Wachstum nicht so einschneidende Bedürfnisse der materiellen Lebensbewältigung, wie es das Wirtschaftswachstum der Nachkriegsjahre tat.

Daher legitimieren sich Produktivitätssteigerungen nicht länger allein schon deshalb, daß sie die Bedingung für eine Ausweitung des Konsums sind. Sie werden fragwürdig, wenn sie sich negativ auf die Arbeitswelt auswirken und dennoch nur wenig zur Verbesserung der Lebensqualität und zur materiellen Lebensbewältigung beitragen. Die technisch-ökonomische Dynamik der Produktivitätssteigerung verlangt aber heute Wachstum – gleich welcher Produkte –, um Arbeit zu gewährleisten, statt das Arbeit geleast wird, um sinnvolle Produkte zu schaffen. Zudem aber führt diese Dynamik zu Verlusten nicht nur an Qualität, sondern auch an Quantität der Arbeit.

Technischer Fortschritt muß sich in Zukunft messen lassen – im Produktionsbereich an den Folgen für die Qualität der Arbeit,

- im Konsumbereich am Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität,

- zudem an seinen Folgen für die natürliche Umwelt

- und an den Auswirkungen für demokratische und soziale Strukturen.

Solche Forderungen stoßen heute schon auf breite Zustimmung. Sozialdemokraten müssen deutlich machen, daß die traditionellen Mechanismen der Wirtschaftssteuerung nicht ausreichen, solche Forderungen zu erfüllen. Sie müssen einschneidende Steuerungsmöglichkeiten entwerfen und propagieren. Dabei können sie anknüpfen an die sozialdemokratische Tradition der Diskussion um die Demokratisierung der Wirtschaft.

Wir benötigen Technik und den technischen Wandel nicht zuletzt zur Behebung der Schäden an der natürlichen und sozialen Umwelt, die ein hemmungsloses Wachstum anrichtet hat. Technik ist ein Bestandteil unserer Kultur. Es geht in Zukunft nicht um die Verhinderung des technischen Fortschritts, des Produktivitäts- und Wirtschaftswachstums, sondern um deren soziale Beherrschung.

Antrag 13

Unsere Aufgabe für die achtziger Jahre: Arbeit für alle

Zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Politik ist das Ringen um Vollbeschäftigung und menschliche Arbeitsplätze.

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist deshalb unsere wichtigste wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe für die 80er Jahre

In den kommenden Jahren werden neue Technologien, vor allem die Anwendung der Mikroelektronik, zu hohen Produktivitätszuwächsen führen und Rationalisierung wird das vorherrschende Investitionsmotiv sein. Der Durchschnitt des Wirtschaftswachstums wird aber unter der Produktivitätssteigerung liegen. Deshalb trägt Wirtschaftswachstum allein nicht dazu bei, die bestehende Massenarbeitslosigkeit abzubauen und die Aufnahme der zunehmenden Zahl von Erwerbstätigen in den Arbeitsmarkt sicherzustellen. Die gerechte Verteilung von Arbeit und sozialen Chancen, Einkommen und sozialer Sicherheit auf der Basis des erreichten und weiterzuentwickelnden Wohlstandes in einer solidarischen Gesellschaft muß daher mit einer umfassenden beschäftigungspolitischen Offensive erreicht werden. Dies ist eine Herausforderung an alle gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen

1. Konservative Politik verschärft die Beschäftigungskrise

Die zweite Ölkrise, verschärft durch eine die Weltwirtschaft belastende US-Wirtschaftspolitik, die dramatische Verschuldungssituation vieler Länder, der sich verstärkende Nord-Süd-Konflikt und die wirtschaftlichen Lasten des Wettstreits haben die Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern dramatisch erhöht. Durch eine aktive Beschäftigungspolitik haben Sozialdemokraten bis 1980 eine relativ bessere Beschäftigung sichern können, als es fast allen anderen Ländern gelungen ist.

Als FDP und CDU sowie die Arbeitgeber mit ihrem TABU-Katalog eine aktive Beschäftigungspolitik blockierten, erhöhte sich auch in der Bundesrepublik die Arbeitslosigkeit wesentlich. Die seit der Wende betriebene konservative Wirtschaftspolitik hat die Probleme noch weiter zuspitzt. Die Einheitsfront von Arbeitgebern und Regierung gegen notwendige Arbeitszeitverkürzungen, das beschäftigungspolitische Nichtstun, die konkurrenzempfindende Umverteilungspolitik von unten nach oben, vor allem die Weigerung, eine vorausschauende Struktur- und Industriepolitik zu betreiben, die mangelnde Vertretung deutscher Interessen, die Defensivstrategie der Unternehmer, die einseitig auf Kostenreduzierung und Personalabbau statt auf Produktionsinnovationen gerichtet ist, all dies bietet keine Perspektive zur Lösung unserer großen beschäftigungspolitischen Probleme.

Auch die sich z. Zt. abzeichnende schwache wirtschaftliche Erholung wird nur einen Streifenfeuerfleck hinterlassen. Sie ist durch Steuererhöhungen für Spitzenverdiener, massiven Sozialabbau und Reallohnsenkungen finanziert. Sie wird uns dem Ziel der Vollbeschäftigung nicht näherbringen. Sie ist keine Lösung von Dauer. Vor allem werden dadurch nicht die Strukturprobleme in den traditionellen aber auch in Zukunft wichtigen Industrieergionen oder im ländlichen Raum gelöst.

2. Für eine Industriepolitik der materiellen, sozialen, ökologischen Erneuerung

Daher tritt die SPD für eine integrierte zukunftsorientierte Industriepolitik ein. Eine zukunftsorientierte Industriepolitik stellt sicher, daß sich die materiellen wie die natürlichen und sozialen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens ständig erneuern. Sozialdemokraten treten ein für eine Industriepolitik, die sicherstellt, daß alle Mitglieder der Gesellschaft an gesellschaftlichem Reichtum gerechten Anteil

haben, daß die vorhandene Arbeit verteilt wird, daß die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Renten- und Arbeitslosenversicherung, durch Arbeit und Kapital in dem Verhältnis ständig refinanziert werden, wie sie an der Produktivitätsentwicklung Anteil haben, und daß die nur endlich vorhandenen natürlichen Grundgüter der Gesellschaft wie Boden, Wasser und Luft, erhalten und im Umfang ihrer Nutzung mit industriellen Mitteln auch ständig erneuert werden.

Statt Nichtstun mit marktwirtschaftlich-nach Beschränkungsformen zu verschleiern, wollen wir Sozialdemokraten die wirtschaftspolitischen Hauptprobleme offensiv angehen

– Arbeitslosigkeit mit qualitativem Wirtschaftswachstum, Arbeitszeitverkürzung und qualifizierender Arbeitsmarktpolitik bekämpfen und die binnenwirtschaftliche Nachfrage durch Erhalt und Stärkung der Massenkaufkraft beibehalten.

– traditionelle Industrieeregionen modernisieren und die Umwelt- und Lebensbedingungen verbessern.

– Wachstums- und Beschäftigungschancen von neuen Technologien nutzen und die erweiterten Verteilungsspielräume für die erforderlichen Umweltmaßnahmen, für die Sicherung des sozialen Netzes, für Arbeitszeitverkürzung und für die Humanisierung der Arbeitswelt einsetzen.

– unsere natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung jeder gesellschaftlichen Entwicklung erhalten und die industrielle Produktion in Einklang mit dem Ziel bringen, ein ökologisches Gleichgewicht wieder herzustellen.

– unsere Verantwortung für die Weltwirtschaft und gegenüber den Ländern der Dritten Welt gerecht werden.

– Sozialdemokraten bekämpfen ihre Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft, in deren Mittelpunkt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Interessensvertretung, den Gewerkschaften, stehen. Sie setzen sich ein für die Sicherstellung der Montanmitbestimmung, sie fordern darüber hinaus generell ein paritätisches Mitbestimmungsmodell, wie es die Gewerkschaften entwickelt und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in ihre parlamentarische Arbeit aufgenommen haben.

3. Umfassende Arbeitszeitverkürzung – Gebot der Stunde

Eine Politik, die Massenarbeitslosigkeit zur Disziplinierung der Arbeitnehmer nutzt und den kommenden Arbeitsplatzverlusten untätig zuschauen will, ist ökonomisch falsch und sozial verheerend. Ökonomisch wie sozial vernünftiger ist eine aktive Beschäftigungspolitik. Wir fordern deswegen die Politik für gezieltes qualitatives Wachstum. Wir fordern Investitionen für Umwelt und Beschäftigung. Es sind viele Möglichkeiten zur Förderung des quantitativen und qualitativen Wirtschaftswachstums durch ein beschäftigungspolitisches Maßnahmenbündel auszuschöpfen.

Eine Politik, die die Beschäftigungskrise zum Abbau sozialer Sicherung mißbraucht, wird den Gesundungsprozeß der deutschen Wirtschaft nicht fördern sondern bremsen. Wir fordern daher eine Finanz-, Geld- und Einkommenspolitik, die zu einer Verstärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und zur Stärkung der Massenkaufkraft beiträgt.

Angesichts hoher Wachstumsraten bei der Arbeitsproduktivität wird das wirtschaftliche Wachstum in den kommenden Jahren nicht ausreichen, um in absehbarer Zeit wieder zur Vollbeschäftigung zurückzuführen. Deshalb ist die Arbeitszeitverkürzung in allen Formen ein unverzichtbares Instrument im Kampf gegen die Beschäftigungskrise.

Die alternative Vollzeitarbeit oder vollständige Arbeitslosigkeit verkennt die faktische Verringerung der gesellschaftlichen

notwendigen Arbeitszeit und verteilt diese Verringerung auf die ungerechteste Weise

Die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche ist geeignet, die heute bestehende Arbeitslosigkeit entscheidend zu verringern. Wir brauchen sie als Einstieg in einen längerfristigen, tiefgreifenden Veränderungsprozeß, in dem die Berufsarbeit nicht mehr Schwerpunkt des Lebens, ja nicht einmal die hauptsächlichste Tätigkeit eines jeden bleiben kann. Für Mann und Frau wird durch die tägliche Arbeitszeitverkürzung erst die Zuwendung für ihre Familie ermöglicht.

Die SPD hat mit der Vorlage von Gesetzesentwürfen zu einer artensmarktpolitisch wirksamen Vorruhestandsregelung und einem neuen Arbeitszeitgesetz hierfür gangbare Wege gesehen.

Die SPD lehnt Modelle der Arbeitgeber und Bundesregierung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit als Alternative zu einer generellen Verkürzung der Arbeitszeit ab. Gleichwohl hält sie unter folgenden Voraussetzungen ein vermehrtes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen für sinnvoll:

– die tarifliche Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften darf weder unterlaufen noch nachhaltig gefährdet werden.

– tarifvertragliche Absicherung der Teilzeitarbeitsplätze.

– Arbeitsverhältnisse mit kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit (Kapovox) und/oder datenverarbeitungsoffizierter personeller Einsatzplanung (Da vo pep) sind zu unterbinden.

– Teilzeitarbeit, darf nicht dazu dienen, Vollzeit-Arbeitsplätze wegzurationalisieren oder die Arbeitsbedingungen von Vollzeitarbeitnehmern zu verschlechtern.

– Verbot der Leiharbeit und verstärkte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

Wir unterstützen solidarisch den Kampf der Gewerkschaften für die Arbeitszeitverkürzung, insbesondere die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Wir verstehen, daß der Arbeitgeberverband mit seinem – gegen jede historische Vernunft – aufgestellten Tabu-Katalog unnötig die erforderliche Arbeitszeitverkürzung verzögert und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit von Millionen von Menschen vergrößert hat.

4. Neue Chancen für die traditionellen Industriegebiete

Die Modernisierung traditionell wichtiger Industrieeregionen und der Schutz der dort lebenden Familien vor wirtschaftlichem und sozialem Ausstieg ist ein vorrangiges Ziel, das neue Ansätze in der Strukturpolitik erfordert.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist daraufhin zu überprüfen, ob sie in der bestehenden Form einen wirksamen Ausgleich zugunsten benachteiligter Wirtschaftseregionen gerecht wird und eine Modernisierung der Wirtschaft fördert. Sie muß künftig wesentlich stärker als bisher auf Arbeitsmarktereignissen mit schwerwiegenden Beschäftigungsproblemen konzentriert werden. Dies gilt z. B. für die Arbeitsmarktereignisse, in denen Ersatz für weggefallene Stahl-, Kohle- und Textilarbeitsplätze geschaffen werden muß. Die Förderung muß zum dem künftig den Aspekt neuer Technologien besonders berücksichtigen.

Bund und Länder sind aufgefordert, eine Weiterentwicklung der Regionalförderung nicht an einer selbststündigen Blockade scheitern zu lassen. Sie haben vor allem auch Regionen zu unterstützen – wie z. B. das Ruhrgebiet –, die entscheidend zum Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben und sich heute in einem schwer-

wiegenden Umstrukturierungsprozeß befinden. Ohne eine Belebung der traditionellen Industriegebiete kann auch das Umland nicht gedeihen.

Der weltweite Strukturwandel und das für den Abbau von Arbeitslosigkeit zu geringe wirtschaftliche Wachstum erfordern weitere Maßnahmen mit einem Schwerpunkt auf der Industriepolitik – Stabilisierung der Schlüsselindustrien durch Modernisierung und Beseitigung weltbewerbsverzerrender Subventionierung in anderen europäischen Ländern. Die vorhandenen Entwicklungschancen bei Energie- und Umwelttechnik, bei Legierungen und Spezialstählen, den Verbundwerkstoffen und ihren Anwendungsbereichen, den Kohletechnologien (im Veredelungsbereich wie im Wärmemarkt), der Steuerungs-, Meß- und Regelungstechnik im Maschinenbau und der Biotechnologien für die Chemieindustrie sind voll auszuschöpfen. Die vorgesehene Initiative „Zukunftsinvestitionen“ der NRW-Landesregierung muß hier die Wege aufzeigen, wie Forschungs- und Technologiepolitik, gezielte Schaffung von Nachfrage (z. B. im Umweltbereich), Infrastruktur-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik zu einer vorausschauenden Industriepolitik gebündelt und gezielt zur Lösung in alten Industrieeregionen eingesetzt werden kann.

– Unsere Industriestruktur muß vor allem durch kleine und mittlere Unternehmen im Dienstleistungsbereich und bei neuen Technologien mit neuen Produkten verbreitert werden. Auch im Ruhrgebiet arbeitet mittlerweile der größere Teil der Arbeitnehmer im Bereich kleinerer und mittlerer Unternehmen. Die unter SPD-Verantwortung geschaffenen Hilfen von Bund und Land zur Förderung von Forschung und Entwicklung, Existenzgründung, Modernisierung der Produktpalette und Technologietransfer müssen bedarfsgerecht ausgebaut und besser genutzt werden. – Auf die kommunale Wirtschaftsförderung kommen damit neue Aufgaben zu. Sie müssen die Beratungsdienste für Technologie, Finanzierung, Arbeitsmarkt- und wirtschaftsnahe Infrastruktur stärker als bisher bündeln. – Steuerlich ist eine Begünstigung des reinvestierten Gewinnes – gemäß dem Münchner Parteitagbeschuß – wünschenswert. Die Kapitalströme müssen von zweifelhaften Abschreibungsmodellen auf produktive Verwendung für gesellschaftlich notwendige Aufgaben umgelenkt werden.

– Die gute Infrastruktur muß den neuen Bedingungen angepaßt und zum Teil erneuert werden. Die Wiedernutzbarmachung alter Industriebrachen durch den Grundstückskauf und die Verbesserung des Wohnumfeldes sind dabei vorrangige Aufgaben, die bereits in Angriff genommene Aufgaben. Erste positive Ergebnisse dieser Politik sind schon sichtbar geworden.

– Ein wesentlicher Ansatz für die Bewältigung des wirtschaftsstrukturellen Wandels liegt in den Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der beruflichen Bildung. Diese müssen ergänzt werden um Maßnahmen zur quantitativen Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots für die geburtenstarken Jahrgänge „gerade der nächsten Jahre. Möglichst alle Jugendlichen beruflich zu qualifizieren ist nicht nur eine gesellschaftspolitische Forderung, sondern vor allem auch eine Notwendigkeit zur Sicherung eines künftigen ausreichend flexibel einsetzbaren Fachkräftpotentials. Im einzelnen kommt es auf eine Intensivierung folgender Bereiche an:

– Berufsausbildung: Sicherung der beruflichen Erstausbildung für alle Jugendlichen, insbesondere Stärkung der Vor-Ort-Initiativen zur Schaffung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in der Verantwortung der öffentlichen und privaten Arbeitgeber. Bei regionalen Defiziten Unterstützung von Verbund-

lösungen, Schaffung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen, Einrichtung von vollzeit schulischen Ausbildungsplätzen.

– Gezielte Hilfen zur Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung von Jugendlichen, die besonderer Förderung bedürfen (z. B. Ausländer, Lernbeeinträchtigte)

– Gezielte Hilfen zur Sicherung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden Angebots für Mädchen

– Qualitative Verbesserungen der beruflichen Ausbildung, insbesondere durch Anpassung der Auszubildendenverordnungen an die technologische Entwicklung, Qualifizierung der Ausbilder und Weiterentwicklung des Angebots an Ausbildungsstätten in berufsbedingten Schulen für kleine und mittlere Betriebe.

– Verstärkung der beruflichen Weiterbildung zur Anpassung an den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt mit dem Ziel der Bewältigung des wirtschaftsstrukturellen Wandels und dem Ausgleich von angebotenen und nachgefragten Qualifikationen im Beschäftigungssystem.

Die besondere Lage von Kohle und Stahl

Bei der Öffnung neuer Chancen für die traditionellen Industrieeregionen darf nicht der Fehler begangen werden, wichtige Bereiche unserer Wirtschaftsstruktur auszusondern und quasi abzuschreiben. Kohle und Stahl sind in ihren Produktionsverfahren hochmodern. Wir können keinesfalls auf sie verzichten, und deshalb muß alles daran gesetzt werden, weiteren Beschäftigungseinbrüchen in diesen Bereichen entgegenzuwirken.

Generell gilt, daß die Schwierigkeiten des deutschen Steinkohlebergbaus nicht durch unüberlegte Schließungen von ganzen Zechen gelöst werden. Vielmehr müssen der Jahrvorratvertrag im Bereich der Verstromung sowie der Hüttenvertrag (incl. Anschlussregelung) als Garantie für die Bedarfsdeckung für die Stahlindustrie gesichert bleiben. Die Fernwärme muß als rationelle Energiedarbietung in Ballungsgebieten auf der Basis der heimischen Steinkohle ausgebaut werden. Dies ist auch Aufgabe sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Der Einsatz von Kohle im Wärmemarkt muß weiterhin als Beitrag für eine langfristige gesicherte Energieversorgung gewertet werden.

Eine Kapazitätspolitik darf sich nicht am gegenwärtigen Absatz orientieren, da dieser von der jeweiligen konjunkturellen Situation und den aktuellen Gegebenheiten des Weltmarktes abhängt und starken Schwankungen unterliegt. Anpassungsmaßnahmen, die sich am mittelfristigen Absatz orientieren, müssen so begrenzt sein, daß die Chancen für eine künftig wieder höhere Förderung gesichert bleiben. Diese höhere Förderung wird dann wichtig sein, wenn für die Kohle und ihre Verwendung neue Märkte erschlossen worden sind. Dies muß im Interesse der gesamtsstaatlichen Energieversorgung geschehen, dann die Kohle ist die einzig nennenswerte Energieressource, über die wir verfügen. Deshalb halten wir an der Kohle-Vorrat-Politik fest, die als nationale Aufgabe von allen zu finanzieren ist.

Öffentlicher Hilfen bedarf auch die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, die sich trotz verbesserter Auftragsverläufe weiterhin in einer sehr schwierigen Situation befindet. Überfallige Entscheidungen müssen nicht in Brüssel und Bonn getroffen werden. Dies geht nicht ohne eine industriepolitische Konzeption der Bundesregierung, in der Stahlindustrie sind bisher weder die Unternehmer noch die angewandten wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrumente in der Lage, die krisenhafte Entwicklung zu überwinden.

Zur Erhaltung der Branche, zur Sicherung der regionalen Stahlstandorte und einer höchstmöglichen Anzahl von Arbeitsplätzen und zur sozialen Abfederung der notwendigen

Restrukturierung fordern wir daher die Entwicklung eines umfassenden, nationalen Konzepts für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, das von folgenden Leitlinien ausgeht

- Die SPD besteht darauf, daß öffentliche Beteiligungen an privaten Unternehmen nicht nur die Funktion eines Finanzierungsinstrumentes haben, sondern vor allem dazu dienen müssen, den öffentlichen Einfluß auf die Unternehmenspolitik zu sichern und damit die Sozialpflichtigkeit des Eigentums im konkreten Fall zu gewährleisten,
- die Neuordnung ist zwischen den Beteiligten abzustimmen. Dafür ist ein nationaler Stahlausschuß zu benennen, der verbindlich die erforderlichen Maßnahmen koordiniert. Die Arbeitnehmer erhalten dabei volles Mitbestimmungsrecht
- Ein umfassendes Konzept von Mitbestimmung muß sicherstellen, daß die Interessen der Arbeitnehmer gleichartig behandelt werden.
- Im europäischen Rahmen müssen die unumgänglichen Anpassungsmaßnahmen ökonomisch-technisch vernünftig sein. Die nationale Stahlpolitik muß in den Rahmen eines umfassenden Stahlkonzepts der Europäischen Gemeinschaft eingepaßt werden.
- Für Strukturmaßnahmen gelten die folgenden Mindestbedingungen

- Erhaltung der bisherigen Stahlstandorte
- zeitliche Streckung der Anpassungen, um Massenentlassungen auszuschließen,
- Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in größtmöglichem Umfang.

Im übrigen gilt der Satz des Dortmunder Wahlprogramms „Wenn ein solches Programm an privatwirtschaftlichen Eigenheiten scheitert, sind gemeinwirtschaftliche Lösungen unumgänglich.“

Der Parteivorstand wird aufgefordert, das durch die vorstehenden Leitlinien umrissene Konzept in folgenden Punkten zu konkretisieren:

- a) Einfluß des öffentlichen Sektors und Erhaltung der traditionellen Stahlstandorte durch Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinden, Gewerkschaften und Unternehmen. In diesem Zusammenhang Rolle eines nationalen Stahlausschusses.
- b) Nationale, paritätisch mitbestimmte Stahl-AG (Zielsetzung, Zusammensetzung, Rolle und Einfluß auf die einzelnen Unternehmen).
- c) Umfassendes Konzept der Mitbestimmung, das den Einfluß der Arbeitnehmer auf die wirtschafts-, beschäftigungs- und unternehmenspolitischen Entscheidungen über Produktionsprogramme, Investitionsentscheidungen und Arbeitsplatzgestaltung sicherstellt.
- d) Rolle der deutschen Eisen- und Stahlindustrie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft.

5. Sozial verträgliche Steuerung der neuen technologischen Revolution

Wir stehen vor einem Schub bei der Einführung von neuen Technologien. Lassen wir diese Entwicklung einfach laufen, wird sich das Arbeits- wie das Privatleben ebenso drastisch wie nachteilig verändern. Millionen Arbeitnehmer werden um ihren Arbeitsplatz bangen müssen.

Die neuen Technologien eröffnen aber auch eine Chance für zukunftssichere Arbeitsplätze, eine Humanisierung des Arbeitslebens, Umweltschonung sowie Energie- und Roh-

stoffersparnis, und sie bieten neue Verteilungsspielräume durch hohe Produktivitätsgewinne.

Ob sich die technologischen Risiken in Chancen und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen wandeln, hängt nicht von der Technik allein, sondern von den gesellschaftlichen Kräften ab, die über die Fortentwicklung und Einführung neuer Technologien entscheiden. Die Entwicklung und Einführung der neuen Technologien ist daher unter Berücksichtigung der humanen und sozialen Folgen zu gestalten. Die Entwicklung und Einführung neuer Technologien muß mit der Humanisierung der Arbeit und einer neuen Arbeitsorganisation gekoppelt werden, die dem steigenden Qualifikationsniveau unserer Arbeiter voll entspricht. Die technologische Revolution muß mit dazu beitragen, daß die Erwerbsarbeit nicht noch entfremdeter sondern sinnvoller und menschlicher wird.

Neben der Arbeitszeitverkürzung (vgl. Ziff. 3) und einer Forschungs- und Technologiepolitik als Bestandteil einer vorausschauenden Industriepolitik (vgl. Ziff. 2) gehören dazu vor allem:

- Die Ausweitung der Mitbestimmungsregelungen bei der Einführung neuer Technologien ist notwendig, um die Arbeitnehmerinteressen bei der Gestaltung der Technologie frühzeitig einzubringen. Denn „die Gefährdung vieler Arbeitsplätze ... infolge breit angelegter Rationalisierungsprozesse durch neue Technologien hat wiederum deutlich gemacht, daß eine weitere Demokratisierung unserer Wirtschaft unverzichtbar ist“ (Münchener Parteitagsschluß zur Wirtschaftspolitik) Daher ist nicht nur eine paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen notwendig, sondern auch „eine Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes, die die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen bei der Planung, Einführung und sozialen Gestaltung neuer Technologien sichern“ (Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Anwendung der Mikroelektronik).

- Verstärkte Erforschung der sozialen, gesellschafts- und beschäftigungspolitischen sowie ökologischen Auswirkungen neuer Technologien, um Risiken rechtzeitig begegnen zu können. In einem breit angelegten „technologienpolitischen Dialog“ müssen Risiken und Chancen der technischen Entwicklung frühzeitig diskutiert werden.

- Der ständig steigende Anteil des Kapitals an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung erfordert bei den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung eine Änderung der bisherigen Bemessungsgrundlage nach der Lohn- und Gehaltssumme. Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme kann nur dauerhaft gesichert werden, wenn die Arbeitslosigkeit abgebaut und die Arbeitgeberanteile durch eine „Wertschöpfungssteuer“ ersetzt werden.

6. Natürliche Lebensgrundlagen erhalten – Umweltschutz mit industriellen Mitteln

- Grundlage und Voraussetzung jeder gesellschaftlichen Entwicklung ist eine lebensfähige natürliche Umwelt, Industriepolitik muß daher so angelegt werden, daß die Umwelt geschont, mit natürlichen Ressourcen sparsam umgegangen und der Regenerationsprozeß der Natur gefördert wird. Industrielle Produktion hat daher für Sozialdemokraten den Sinn, nicht nur die materiellen Lebensgrundlagen der Gesellschaft, sondern auch ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und ständig zu erneuern. Ökonomie und Ökologie, Arbeit und Umwelt sind daher für uns kein Gegensatz, sondern müssen einander bedingen.

Boden, Wasser und Luft sind gesellschaftliche Grundgüter und Produktionsmittel, die nur in begrenztem Umfang zur

Verfügung stehen. Ihre Nutzung ist in den „vorgangenen Jahrzehnten weit über ihre Regenerationsfähigkeit hinausgegangen. Die industrielle Produktion muß daher so gestaltet werden, daß diese Güter nicht vernichtet oder für die Gesellschaft unbrauchbar gemacht werden. Das Umweltprogramm der Landesregierung ist ein erster wichtiger Schritt. Umweltpolitik in die Industriepolitik zu integrieren.

Wichtige Teilziele auf diesem Wege sind:

- die Belastung von Luft und Boden durch umwelttechnische Umstellung von Industrieanlagen, Kraftwerken und Automobilen deutlich zu mindern
- Umwelttechnologien weiterzuentwickeln und anzuwenden
- die Trinkwasserversorgung durch Gewässerschutz, Wasseraufbereitung und im Rahmen einer umweltvertraglichen regionalen Kommunalplanung dauerhaft zu sichern
- Werk- und Arbeitsstoffe rückholbar zu verarbeiten (auf Wiederverwertbarkeit)
- für das ökologische Gleichgewicht wertvolle Teilregionen von übermäßigen Umweltbelastungen weitgehend auszuschließen.

Die SPD tritt dafür ein, daß im Rahmen des von ihr geforderten Fonds „Umwelt und Arbeit“ ein revolutionäres System der Refinanzierung entwickelt wird, das nach dem Verursacherprinzip die Umweltbelastung zahlen läßt. Umweltentlaster dagegen fördert.

Dieses Prinzip soll in den Fällen durch das Gemeinlastprinzip ergänzt werden, in denen eine ausschließliche Anwendung des Verursacherprinzips unzumutbare Verteilungswirkungen für bestimmte Regionen oder Wirtschaftszweige mit sich bringt.

7. Der weltwirtschaftlichen Verantwortung gerecht werden

Die Konservativen lassen die EG-Politik zum Subventionsgerangel für Agrarüberschüsse verkommen. In ihrem EG-Wahlprogramm hat die SPD ihre Strategie für eine stärkere Selbstbehauptung Europas aufgezeigt. Vorrangig ist eine expansive, beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene. Dazu gehören auch gezielte Investitionshilfen, vor allem für den Bereich Umwelt, verstärkte Energieeinsparung und Infrastruktur.

Auf der internationalen Ebene sind folgende Maßnahmen vordringlich:

- Abkopplung von den hohen Zinsen der USA und den extremen Dollarschwankungen durch eine Neuordnung des Weltwährungssystems, in dem der europäische Währungsverbund gegen den Dollar- und Yen-Block gestützt wird.
- Verhinderung des Protektionismus: vor allem darf sich nicht an der fehlgeleiteten europäischen Agrarpolitik ein Handelskrieg mit den USA entzünden. Statt unverbindlicher Gipfeldeklarationen sind positive Signale zum gemeinsamen Willen der Krisenbewältigung notwendig. Allerdings kann kein Land tatelosen Ausverkauf von Zukunftsbranchen hinnehmen. Neben einer eigenständigen europäischen Industriepolitik muß zur Sicherung unserer industriellen Basis darauf geachtet werden, daß der internationale Wettbewerb auch fair und ohne Verzerrungen erfolgt.

- Ohne eine Lösung der Schuldenkrise läßt sich der Weltmarkt nicht wieder ankurbeln. Den Entwicklungsländern kann nur eine umfassende Entschuldungskaktion, bei der die Kosten für die Altschulden zwischen Industriestaaten, Banken und Schuldnerländern aufgeteilt werden, helfen. Die EG trägt dabei eine besondere Verantwortung für die ihr as-

soziierten Länder der Dritten Welt (Lomé-Staaten) während die USA diese für Lateinamerika übernehmen müssen

- Die verstärkte Entwicklungshilfe sollte sich auf das Aktionsprogramm des „Brand-Berichts“ eine Steigerung der Selbstversorgung mit Agrarprodukten und einer Absenkung der Energieimporte durch beschleunigte Markteinführung dezentraler Energietechnik. Nutzung erneuerbarer Energiequellen usw. konzentrieren
- Der Ost-West-Handel ist auch als ein Instrument der Friedenssicherung wieder neu zu beleben. Dafür müssen die aus der Zahlungsbilanzsituation der osteuropäischen Länder entstehenden Probleme, u. a. der verstärkte Wunsch nach einem Tauschhandel, durch neue Kooperationsformen gelöst und eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich Umweltschutz, Erschließung neuer Energiequellen und gemeinsame Entwicklungshilfsprojekte angestrebt werden.

Antag 21 Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

I. Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik

Das wichtigste Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Vollbeschäftigung. Diesem Ziel sind alle anderen Ziele untergeordnet. Arbeitslosigkeit ist für jeden Betroffenen mit schweren Eingriffen in seine persönliche Freiheit verbunden; Arbeitslosigkeit ist die unsocialste und teuerste Art, die vorhandene Arbeit zu verteilen.

Jede wirtschaftspolitische Maßnahme, die Arbeitslosigkeit abbaut, ist deshalb gleichzeitig eine Politik, die die soziale Gerechtigkeit verbessert.

Wir Sozialdemokraten sehen die Gefahr für unsere Demokratie, die eine dauernde hohe Arbeitslosigkeit in sich birgt. Wir rufen dazu auf, aus dem leid- und verhängnisvollen Ende der Weimarer Republik zu lernen. Wer wie die Rechtskoalition Arbeitslosigkeit duldet, bei ihrer Beseitigung auf die Kräfte des Marktes hofft und sie damit bewußt bestehen läßt, der macht sich schuldig.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kann allein auf der Ebene des Staates mit Instrumenten der Wirtschaftspolitik nicht gewonnen werden. Denn mindestens genauso wichtig sind die Tarifauseinandersetzungen um die Arbeitszeit.

Wir Sozialdemokraten führen den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit deshalb an der Seite der Gewerkschaften. Wir wissen, daß wegen der offenen Wirtschaftsgrenzen in der EG die Überwindung der Krise in Europa international organisiert werden muß. Die Erfahrungen in Nachbarländern zeigen, daß nationale Alleingänge mit großen Schwierigkeiten verbunden sind. Wir tragen den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit deshalb zusammen mit den anderen sozialistischen Parteien Europas auf die Ebene der Europäischen Gemeinschaft.

II. Unsere Antwort auf die Krise

1. Arbeitszeitverkürzung

1.1. Die SPD unterstützt die gewerkschaftliche Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. In dieser schwierigen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit ist die Solidarität mit den Gewerkschaften besonders wichtig. Die SPD wird die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit im politischen

Raum offensiv propagieren und gestalten und die Gewerkschaften in den kommenden Streiks nachhaltig unterstützen.

a) Die 35-Stunden-Woche ist ein notwendiger Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens. Die Arbeit muß menschlicher werden. Der Streik muß weg. Die Arbeitskraft darf nicht verschlissen werden. Die wachsende Arbeitsbelastung muß durch kürzere Arbeitszeit ausgeglichen werden. In den 70er Jahren sind Arbeitszeitverkürzungen zum Stillstand gekommen. In diesen Jahren ist aber der Arbeitsdruck erheblich angestiegen durch Rationalisierung, erhöhte Leistungsdichte und -kontrolle und Entleerung der Arbeitsinhalte. Über die Hälfte der Arbeitnehmer arbeitet unter besonders erschwerenden Bedingungen (Nacht- und Schichtarbeit, Lärm, Nässe, Hitze, einseitige Betätigung, schwere Arbeit usw.). Die hohen Belastungen am Arbeitsplatz führen zu mehr Berufskrankheiten und Frühinvaliderität. Die 35-Stunden-Woche ist ein Ausgleich für die gestiegenen Belastungen. Sie ist ein Schritt zu einem gesünderen Arbeitsleben. Sie ist eine Maßnahme vorbeugenden Gesundheitsschutzes, die gesellschaftliche Kosten (Krankheit, Frühverrentung) spart.

b) Die 35-Stunden-Woche ist ein Schritt zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer überhaupt. Die Arbeitnehmer brauchen mehr Zeit für sich und ihre Familien, für das soziale, kulturelle und gesellschaftliche Leben. Die zunehmende Einschränkung der Lebensverhältnisse ist auf diese Weise aufzubrechen. Arbeitszeitverkürzung erleichtert auch partnerschaftliche Arbeitsteilung im Haushalt und in der Kindererziehung.

Schließlich erfordert die Aneignung der Lebensverhältnisse mehr Zeit für politische und gewerkschaftliche Betätigung.

c) Die 35-Stunden-Woche hilft Arbeitskräfte sichern und schaffen. Die Verkürzung der Arbeitszeit bekämpft die Arbeitslosigkeit. Sie führt zu einer gerechteren Verteilung der Arbeit. Statt Arbeitslosigkeit für viele mehr Freizeit für alle! Arbeitslosigkeit ist die kapitalistische Form der Arbeitszeitverkürzung: der Mehrarbeit der einen steht die Nichtarbeit der anderen gegenüber.

Von allen Formen der Arbeitszeitverkürzung hat die 35-Stunden-Woche den größten arbeitsmarktpolitischen Effekt. Die tatsächlichen Arbeitsplatzeffekte werden auf über eine Million geschätzt (IG Metall 1,6 Mill.). Geht man von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit aus, kann die 35-Stunden-Woche diesen Anstieg bremsen oder aufhalten, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das macht deutlich, daß neben der Arbeitszeitverkürzung weitere Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit notwendig sind.

d) Für die Frage, welche Beschäftigungswirkungen die 35-Stunden-Woche tatsächlich haben wird, ist die Einflußnahme der Arbeitnehmer auf die Arbeits- und Leistungsbedingungen von entscheidender Bedeutung. Soll Arbeitszeitverkürzung sowohl hinsichtlich des Abbaus von Arbeitslosigkeit als auch hinsichtlich einer Reduktion der Belastungen der Beschäftigten die gewünschten Wirkungen zeigen, muß die freie Disposition des Kapitals über die Arbeitskraft eingeengt werden. Der Ausbau der Kontrollrechte und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer ist daher dringend erforderlich und notwendige Begleitmaßnahme.

Neben dem Einfluß auf die Arbeitsbedingungen ist die Begrenzung der Mehrarbeit eine weitere Voraussetzung für die notwendigen Beschäftigungsauswirkungen der 35-Stunden-Woche. Die SPD fordert daher ein neues Arbeitszeitgesetz, in dem die 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit festgelegt und die zulässige Mehrarbeit drastisch eingeschränkt wird.

12. Die 35-Stunden-Woche kann sinnvoll nur bei völligem Lohnausgleich verwirklicht werden. Das Einkommen der Arbeitnehmer ist nicht so hoch, als daß auf einen Teil verzichtet werden könnte. Die Realeinkommen sind in den letzten Jahren gesunken. Weiter Einbußen sind den Arbeitnehmern nicht zuzumuten. Mehr Freizeit kann nicht mit materiellen Verzicht bezahlt werden, sie erfordert vielmehr mehr materielle Möglichkeiten. Ein Verzicht auf Einkommen würde den Drang nach Überstunden und Schwarzarbeit verstärken. Dem ist gerade durch eine Stärkung der untersten Einkommen entgegenzuwirken. Auch gesamtwirtschaftlich ist wegen der notwendigen Stärkung der Massenkaukraft der volle Lohnausgleich und die Reallohnerhöhung unverzichtbar. Die Verteilungsposition hat sich in den letzten Jahren zugunsten der Gewinne verschoben, auch deswegen ist der volle Lohnausgleich recht und billig. Lohnverzicht – das bedeutet die Einkürzung der letzten Jahre – führt nicht aus der Krise; die Krise hat sich trotz Lohnverzicht der Arbeitnehmer weiter verschärft.

13. Die SPD weist die Behauptung der Unternehmerverbände und der Bundesregierung von den untragbaren Kostenbelastungen, die sich bei Einführung der 35-Stunden-Woche angeblich für die Unternehmen ergeben, zurück.

Die einzelbetriebliche Betrachtung übersieht folgendes: Erstens kostet die Arbeitslosigkeit die Gesellschaft jährlich 55 Mrd. DM (Arbeitslosenlohn, entgangene Steuereinkünfte usw.). ungeachtet der Folgekosten im psychischen Bereich, zweitens entsteht durch das Ausmaß der Nichtbeschäftigung ein Weniger an Reichtumsprodukten von 125 Mrd. DM und drittens wird wegen der fehlenden Nachfrage der Absatz der Produkte eingengt). Aber auch für den Einzelbetrieb ist die Kostenbelastung im Durchschnitt vergleichsweise gering. Die Lohnkosten machen nur einen relativ niedrigen Anteil des gesamten Kapitalaufwands aus (seit 1960 ziemlich konstant 23 % des Produktionswerts), demgegenüber steht die Belastung aus dem Sachkapitalaufwand (nicht zuletzt wegen der hohen Zinsen). Schließlich ist die Verteilungsrelation zwischen Löhnen und Gewinnen nicht durch ein ökonomisches Gesetz festgeschrieben, sondern ausschließlich Ergebnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten einzelner Unternehmen oder Branchen sind nicht auf die Lohnkostenentwicklung zurückzuführen, sondern durch die Verengung der Märkte aufgrund der Krise bedingt. Die 35-Stunden-Woche ist deshalb Zug um Zug in der Gesamtwirtschaft einzuführen. Dabei werden die kleineren Betriebe sicherlich nicht die Vorreiterrolle übernehmen. Die SPD wird sich aber dafür einsetzen, daß auch in diesen Betrieben der soziale Fortschritt nicht halt macht. Die Gewinnssituation ist keineswegs von der Betriebsgröße abhängig. Ebenso wie es Großbetriebe gibt, die von der Krise erfaßt werden, existieren Kleinbetriebe mit guter Ertragslage. An der Konkurrenzfähigkeit und den Überlebenschancen ändert sich nichts, wenn tarifliche Verbesserungen für alle Arbeitnehmer durchgesetzt werden, da diese auch für die jeweiligen Konkurrenz gelten. Besondere Belastungen einzelner Betriebe (hohe Personalkosten) leiten sich nicht aus der Betriebsgröße ab, sondern sind von Produktivitätsbedingungen abhängig, die die Konkurrenz gleichermaßen betreffen. Schließlich herrschen gerade in vielen kleineren Betrieben Arbeitsbedingungen, die weit hinter dem erreichten Stand bei Großbetrieben hinterherhinken. Diesem Umstand muß Rechnung getragen werden.

Die SPD weist auch das Argument von der verringerten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zurück. Wesentlich für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist nicht die Lohnhöhe als solche, sondern die Höhe der

Lohnstückkosten. Bei diesen liegt die Bundesrepublik auf einem der unteren Ränge der Industriestaaten. Die Relation der Stückkosten hängt im weiteren wesentlich von den Wechselkursentwicklungen ab. Diese sind in den letzten Jahren wenig von den jeweiligen Löhnen als vielmehr von den spekulativen Geldbewegungen bestimmt worden.

Die Bundesrepublik konnte gerade in Zeiten der Krise ihre Weltmarktposition gut behaupten, einen Nachholbedarf gibt es hier nicht.

14. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist keine Alternative zur 35-Stunden-Woche.

Niedrigere Altersgrenzen können für sich genommen sinnvolle Maßnahmen sein. Sie haben aber weder bedeutsame arbeitsmarktpolitische Effekte noch wirken sie der zunehmenden Arbeitsbelastung entgegen. Ihre positiven Wirkungen betreffen nur wenige Arbeitnehmer. Sie sind vor allem kein Ersatz für die umfassende Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Die Senkung der flexiblen Altersgrenze bzw. des gesetzlichen Rentenalters als allgemeine und gesetzliche Maßnahme ist grundsätzlich zu befürworten. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein entsprechend ausgebauter Rentnervorrat. Wegen des gegenwärtigen Zustandes der Rentenfinanzen ist dieser Weg allerdings gegenwärtig verbaut. Vorruhestandsregelungen bringen für die Betroffenen erhebliche Einkommenseinschränkungen und müssen durch Lohnverzicht der Beschäftigten bezahlt werden; sie bedeuten keinen sozialpolitischen Fortschritt.

Generell ist festzustellen: Bereits jetzt verläßt über die Hälfte der Beschäftigten wegen Gesundheitsverschleiß vorzeitig den Arbeitsplatz. Auf die belastenden Arbeitsbedingungen hat der vorzeitige Ruhestand keinen Einfluß. Darauf kommt es aber gerade an. Durch vorzeitigen Ruhestand wird lediglich eine Umschichtung der Probleme vorgenommen. Arbeitslos werden zu Rentnern gemacht, ältere Arbeitnehmer werden aus dem Arbeitsleben gedrängt, was unter den gegenwärtigen Umständen (Rentenkürzungen) oft einer gesellschaftlichen Randexistenz gleichkommt. Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt durch die Formen der Frühverrentung eher noch ab, weil die Unternehmen diese Regelungen dazu benutzen, ihre Belegschaften zu verjüngen bzw. Entlassungen unter Umgehung von Sozialplänen vorzunehmen.

Ruhestandsregelungen folgen dem Logik der Krise, die immer mehr Arbeitnehmergruppen (Frauen, Behinderte, Ausländer, Alte) aus dem Arbeitsleben wirft. Sie verstärken das „Ausgliederungsdenken (Ausländer raus, Frauen an den Herd, Ältere macht Platz für Jüngere – so gibt es weniger Arbeitslose) und führen zur Entsolidarisierung innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten dergleichen Maßnahmen nicht. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß mit diesen Mitteln weiterreichende Maßnahmen verhindert werden.

2. Öffentliche Investitionen und demokratische Kontrolle

Die arbeitsmarktpolitisch beschränkten Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung weisen auf weitergehende wirtschaftspolitische Maßnahmen. Die zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung notwendigen Investitionen sind vor allem in wichtigen gesellschaftlichen Mangelbereichen vorzunehmen:

Wohnen, Energie, Verkehr, Umwelt.

Die Steuerung der Investitionen in diesen Bereichen ist nicht dem Markt zu überlassen, sondern bedarf bewußter staatlicher Eingriffe und demokratischer Planung.

a) Im Wohnungssektor fehlen mehr als eine Million Wohnungen, vor allem für untere Einkommensschichten und kinderreiche Familien. Gleichzeitig stehen Wohnungen leer, steigen die Bodenpreise, blüht die Spekulation. Um diese Fehlentwicklungen zu korrigieren, ist nicht nur die verstärkte Handhabung des sozialen Wohnungsbaus und die Umstellung der Förderung von Eigentums- auf Mietwohnungs- und Stadtsanierung notwendig. Es sind gleichermaßen der Ausbau des Mietrechts und die Beteiligung der Betroffenen bei der Stadtsanierung erforderlich. Schließlich ist eine Reform des Bodenrechts unumgänglich, die den Grundstücksverkehr weitgehend dem Marktprozeß entzieht.

b) Im Verkehrsbereich liegen die Probleme vor allem in der Verkehrssicherheit, in dem die Ballungszentren überfüllten Individualverkehr, im kostspieligen und landschaftszerstörenden Straßenbau, in den Defiziten der Bundesbahn und in der Umweltbelastung. Erforderlich ist vordringlich der Ausbau des Nahverkehrs, die Entwicklung der Bundesbahn zum hauptsächlichen Verkehrsträger. Das macht die Zurückdrängung des gewerblichen Güterfern- und Fernverkehrs durch entsprechende gesetzliche und steuerliche Maßnahmen notwendig. Dafür sprechen nicht nur die gesellschaftlich gesehen niedrigeren Kosten, sondern auch Gesichtspunkte des Umweltschutzes. Im Individualverkehr sind Maßnahmen zur Energieeinsparung voranzutreiben.

c) Der Energiebereich erfordert die Aufstellung eines Energieerzeugungsplanes und den Ausbau eines energiesparenden und umweltfreundlichen Systems der Energieversorgung (regionalisiert). Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs sind ebenso notwendig wie der Ausbau der Abwärmennutzung, Fernwärmeversorgung und der Bau bzw. Umbau von Heizkraftwerken mit umweltschonender Verbrennungstechnik.

d) Investitionen für den Umweltschutz, insbesondere Maßnahmen, die der Wiederherstellung und Verbesserung der Umweltqualität dienen, also die Verbesserung der Wasserqualität von Flüssen und Seen, die Reduzierung der Luftverschmutzung, die Müllbeseitigung und die Müllwiederaufbereitung.

e) Die Finanzierung dieser Maßnahmen muß durch Abschöpfung hoher Einkommen und nicht investierter Gewinne, die Aufhebung entsprechender steuerlicher Vergünstigungen durch Einführung einer Wertschöpfungssteuer und gegebenenfalls durch andere Formen der Staatsverschuldung (z. B. Kreditaufnahme bei der Bundesbank zum jeweiligen Diskontsatz) erfolgen.

f) Einer neuen Sozialpolitik kommt die Aufgabe zu, im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik die Entstehung von sozialen Ungerechtigkeiten, Gesundheitsgefährdungen und Arbeitslosigkeit von vornherein zu verhindern, anstatt mit hohem Aufwand entstandene Schäden zu reparieren. Im Gesundheitsbereich ist der Kostenexplosion vor allem dort zu begegnen, wo bestimmte Leistungsträger sich unangemessen gesellschaftlichen Reichtum aneignen (Ärzte, Pharmazie).

3. Vorausschauende Industrie- und Technologiepolitik

Eine vorausschauende Industriepolitik braucht die Bereitstellung entsprechend fortschrittlicher industrieller Technologie. Die Forschungspolitik ist auf diese Notwendigkeit auszurichten. Die europäische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist anzustreben. Wir benötigen eine forcierte Tech-



nologietwicklung in den Gebieten Solartechnik, Warmkraft-Koppelung, Energierückgewinnung, Wirtschschlechterverbrennung, emissionsfreie Anlagen, Recycling, öffentlicher Fern- und Nahverkehr.

Der technische Fortschritt muß sich in Zukunft messen lassen

- im Produktionsbereich an den Folgen für die Qualität der Arbeit
- im Konsumbereich am Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität
- und an seinen Folgen für die natürliche Umwelt.

Die gesunkene Investitionsquote führt zu einer Schwächung des produktiven Sektors der Wirtschaft. Statt des Ausbaus der industriellen Grundlagen wird ein Prozeß der Deindustrialisierung eingeleitet, in dem Produktionsanlagen vernichtet werden. Dieser Prozeß muß durch eine öffentliche Industriepolitik gestoppt werden. Es ist eine Stärkung der Produktivkräfte anzustreben

- um die Arbeitszeit zu verkürzen und die Lebensverhältnisse allgemein zu verbessern
- um die Sicherung der Außenhandelsbeziehungen zu gewährleisten
- um die öffentlichen Investitionen in den gesellschaftlichen Mangelbereichen zu ermöglichen.

Die Stärkung der Kapitalanlage im produktiven Bereich erfordert eine entsprechende Umlenkung der Geldströme. Erste Schritte sind

- die verschärfte Besteuerung der Zins- und Spekulations-einkommen bei entsprechenden Freibeträgen für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen,
 - die steuerliche Entlastung der reinvestierten Gewinne und die stärkere Besteuerung der entnommenen Gewinne,
 - Drücken des Zinssatzes durch eine andere Notenbankpolitik, soweit innerhalb der nationalen Grenzen möglich,
 - kurzfristige Verbesserung der Rentabilität der produktiven Anlage aufgrund besserer Auslastung der Kapazitäten durch Vollbeschäftigungspolitik.
- Eine wirksame Kontrolle der Geldströme erfordert entsprechende Mitbestimmung und letztlich die gesellschaftliche Kontrolle des Bankensektors.

Um einen an vorstehenden Kriterien und den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichteten Entwicklungsweg einzuhalten, ist die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse unabdingbar. Das setzt vor allem im ökonomischen Bereich den Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen voraus. Betriebliche Mitbestimmung, Unternehmensmitbestimmung, Wirtschafts- und Sozialräte auf regionaler und staatlicher Ebene und die Konzipierung eines wirtschaftlichen Rahmenplans sind Voraussetzung um Strukturkrisen und wirtschaftliche Ungleichgewichte in den Griff zu bekommen.

Die damit verbundenen Probleme verweisen auf die Notwendigkeit, den öffentlich kontrollierten Sektor Wirtschaft auszuweiten.

4. Außenwirtschaftliche Absicherung

Eine soziale und vorausschauende Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist ohne internationale Absicherung ständiger Risiken ausgesetzt. Die angeführte Leistung der Volkswirtschaften der EG einerseits und deren politische Institutionen andererseits sind Grund und Ansatzpunkt für abgestimmtes internationales Handeln.

Wir fordern

- Harmonisierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der EG auf der Grundlage der zu vereinheitlichenden Diskussion der europäischen Arbeiterparteien

- Kapitalverkehrskontrollen für die Geldströme aus der und in die EG durch die politischen Institutionen der EG
- langfristige Handelsabkommen mit den Ländern der Dritten Welt unter Wahrung der Interessen dieser Länder
- international koordinierte Schuldenreduzierung der Dritte-Welt-Länder
- Kontrolle der internationalen Kredit-Institutionen und deren Demokratisierung (internationaler Währungsfond, Weltbank)
- eine neue Weltwirtschaftsordnung.

III. Die Ursachen der Wirtschaftskrise

Eine erfolgreiche Bekämpfung der Krise setzt voraus, daß ihre Ursachen erkannt sind. Andernfalls würde Wirtschaftspolitik auf Zufall oder Glauben nicht aber auf Vernunft und Einsicht beruhen.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß die gegenwärtige Krise in der Bundesrepublik am Hande auch durch die Konjunktur und den Verlauf des Bevölkerungswachstums bedingt ist.

Hauptsächlich handelt es sich aber um eine weltweite und tiefgreifende Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems; die Entwicklung in der Bundesrepublik ist ein Teil davon. Die Krise hat die Bundesrepublik später als die anderen europäischen Staaten erfaßt, nicht zuletzt wegen der überdurchschnittlich hohen Produktivität der deutschen Wirtschaft. Es handelt sich aber nicht um den Import einer „Krankheit“ in ein an sich gesundes Wirtschaftssystem. Der Kapitalismus in der Bundesrepublik gehört keinen anderen Gesetzmäßigkeiten als anderswo.

Die ökonomische Situation der Bundesrepublik ist seit einem Jahrzehnt von steigender Massenarbeitslosigkeit geprägt. Die Unterbeschäftigung hat gegenwärtig - registrierte Arbeitslose und stille Reserve zusammengekommen - den Stand von etwa drei Millionen erreicht. Das prognostizierte geringe Wirtschaftswachstum, die steigende Arbeitsproduktivität aufgrund anhaltender Rationalisierungen und die wachsende Erwerbsbevölkerung lassen ab Mitte der 80er Jahre Arbeitslosenzahlen von vier bis sechs Millionen erwarten.

In der Stagnation der ehemals blühenden Wirtschaft zeigen sich die Schranken der kapitalistisch organisierten Produktion. Die Marktwirtschaft funktioniert nicht mehr, sie blockiert sich aus ihren eigenen Mechanismen heraus: Um gewinnbringende Produktion zu sichern, ist die beständige Einführung neuer Produktionsverfahren notwendig. Dies führt: längerfristig zu einer Verschiebung im Verhältnis von Soz.kapitalaufwand und Arbeitsaufwand. Menschliche Arbeitskraft wird durch Maschinen ersetzt. Es wird ein immer größerer Kapitalaufwand nötig, um die Beschäftigung zu halten oder auszuweiten. Die Nachfrage nach Arbeitskräften erlahmt. Die Größe der Wertschöpfung (genauer: der Profitmasse) - die allein aus der Arbeitskraft resultiert und von der Anzahl der beschäftigten Arbeiterkräfte abhängig ist - nimmt deshalb langfristig relativ zur eingesetzten Kapitalmasse ab, die Profitabilität und die Wachstumsdynamik gehen trotz steigender Gewinne zurück. Ein immer geringerer Teil der Gesamtprofitmasse wird reinvestiert (1980: 68%; 1982: 31%), gleichzeitig verringert sich der Arbeitsplatzbedarf der Investitionen. In den 70er Jahren kommt es deshalb zum Umschlag im Wachstumstyp: trotz weiterer Investitionen nimmt die Beschäftigung absolut ab; brachlegendes Kapital (Pleiten, nicht ausgelastete Kapazitäten) auf der el-

nen und wachsendes Arbeitslosenheer auf der anderen Seite kennzeichnen die eigentliche Verschwendung in dieser Gesellschaft

Die Situation wird verschärft durch die zunehmende Bedeutung des Geldanlagesektors. Steigende Kreditnachfrage der Unternehmen (Zahlungsmittel- statt Investitionskredit), wachsende Staatsverschuldung als Folge der Wachstumschwäche und die Verschuldung der Dritten Welt halten auch in der Krise das Zinsniveau hoch. Gesunkene Profitrate und gesiegender Zins nähern sich an. Von dieser Seite erhält der Produktionsprozeß daher eine weitere Einschränkung: die Anlage im Geldsektor ist verlockender als die produktive Kapitalverwendung.

Der Bereich der Geldvermögensanlage dehnt sich überproportional aus, er wird zum konkurrierenden Kapitalanlagesektor. Die dort sich sammelnden Forderungen stellen eine wachsende Belastung des produktiven Bereichs dar

Zurückgehende Beschäftigung und der Druck auf die Real-löhne führen zu einer Schwächung der Massenkaufkraft. Die durch die Krise bewirkten Einnahmeausfälle bei Staat und sozialen Sicherungssystemen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) führen zu einer zunehmenden Einengung der Finanzspielräume der öffentlichen Haushalte. Die Einsparungen bei den Personalausgaben verschärfen die Arbeitslosigkeit und die Nachfrageschwäche. Die Krise erhält von dieser Seite einen zusätzlichen Anstoß (beschränkte Absatzmärkte). Die öffentlichen Finanzprobleme verstärken die Tendenzen zu Aufgabenkritik und Verringerung des staatlichen Dienstleistungsangebots (Privatisierung). Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten werden mehr und mehr beschränkt.

Die Krise erfaßt alle wichtigen Weltmarktländer und verschärft die Probleme der Länder der Dritten Welt. Der Rückgang der Nachfrageexpansion in allen Ländern ist gleichbedeutend mit einer Einschränkung der Exportmöglichkeiten. Der Welthandel stagniert, der internationale Konkurrenzkampf verschärft sich. Eine exportorientierte Politik stößt deshalb an Grenzen. Wegen der angespannten Verschuldungstage steigt die Gefahr plötzlicher internationaler Währungs- und Kreditkrisen.

Die Marktwirtschaft hält nur einen Ausweg aus dieser Krise bereit: Kapitalentwertung, Stilllegung und Verschrottung von Produktionsanlagen, die immer neue Sektoren der Volkswirtschaft ergriff, Lohndruck und verschärfte Arbeitsbedingungen, Schuldenverhinderung und Bereinigung der Eigentums- und Besitztitel. Eine Trendwende aus der Marktwirtschaft selbst heraus ist nirgendwo in Sicht. Die gegenwärtige konjunkturelle Belebung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß im kommenden zyklischen Abschwung die Probleme sich potenzieren werden. Auch ohne spektakuläre Zuspitzung muß mit weiterhin niedrigen Wachstumsraten und steigender Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

IV. Die Arbeitnehmerschaft ist in der Defensive

Auf der Grundlage florierender Wirtschaft ist durch gewerkschaftliche Kampfkraft und staatliche Reformpolitik der Lebensstandard der Lohnabhängigen deutlich verbessert worden. Erhöhter Lohn und vermehrte Freizeit haben zu einer Entfaltung der individuellen Bedürfnisse und Lebensmöglichkeiten geführt. Gleichzeitig hat sich die Sozialstruktur verändert (Staatsbehaftete, neue Mittelschicht). Mit dem Umschlag im Wachstumstyp ist die Kontinuität dieser Entwicklung gebrochen.

Die Massenarbeitslosigkeit verändert über die Entwicklung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit nachhaltig zu Lasten der abhängig Beschäftigten. Die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes führt innerbetrieblich zu einer spürbaren Schwächung der Position der Belegschaften und ihrer Interessenvertretung. Die Arbeitslosigkeit hat rückwirkend die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtert und zu einer Intensivierung der Arbeit und einem Ansteigen der gesundheitlichen Belastungen durch den Arbeitsprozeß geführt

Dies drückt sich in einer Zunahme der Invaliditätsrenten und einem drastischen Absinken des durchschnittlichen Zugsalters zur Rentenversicherung aus. Für mehr als die Hälfte der Beschäftigten endet der Arbeitsprozeß vor Erreichen der normalen Altersgrenze. Die Veränderung der sozialen Ausgangsbedingungen findet ihren Niederschlag in der Blockade des tarifpolitischen Verhandlungsweges durch die Kapitalseite, dem Abbau betrieblicher Sozialleistungen und Errungenschaften und in der Rücknahme staatlicher Sozialleistungen. Der gewerkschaftliche und gesetzliche Schutz der Arbeitnehmerschaft, ihrer Familien, der Kinder und der Alten wird zunehmend bruchiger.

Die Zahl der Dauerarbeitslosen nimmt ständig zu. Immer mehr Arbeitslose werden aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten hinausgedrängt. Die Folge ist die psychische und materielle Verarmung der Betroffenen. Die wachsende Zahl jugendlicher Arbeitsloser zeigt, daß unsere Gesellschaft immer weniger in der Lage ist, jungen Menschen eine zuverlässige Lebensperspektive zu bieten. Ältere Arbeitnehmer werden unter wachsendem Druck aus dem Arbeitsleben aussortiert. Frauen sollen ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer alten Rolle in der Familie aufgeben, wodurch Bemühungen um Gleichberechtigung nachhaltig untergraben werden. Schließlich hat die Arbeitslosigkeit zu einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit geführt.

5. Der konservative Weg führt nicht aus der Krise

Die konservative Koalition ist angetreten, den „Selbstheilungskraft“ des Marktes praktisch und ideologisch den Weg zu ebnen. Umverteilung zugunsten der Gewinne, Verbesserung der Rahmenbedingungen des privaten Kapitals (z. B. Abbau „ausbildungshemmender“ Vorschriften) und Zurückdrängen staatlicher Leistungen bei gleichzeitigen Appellen an „Leistungsbereitschaft/Selbstverantwortung“ sind die wesentlichen Elemente dieser Politik. Durch ihre rigorose Sparpolitik wird die Regierung objektiv die Spirale von Nachfragerückgang, Produktions einschränkung, Arbeitslosigkeit weiter verschärfen. Diese Politik findet nicht nur bei Besserverdienenden Zustimmung. Die konservative Mehrheit stützen auch Arbeitnehmer-schichten, die - von der Illusionären Einstellung geleitet, eigene Opfer könnten die Krise überwinden helfen - hoffen, bei tragbaren Einschränkungen von der Krise weitgehend verschont zu bleiben.

Die Zustimmung von Arbeitnehmer-schichten zur konservativen Sanierung beruht auch auf der bisher unzulänglichen Politik der Sozialdemokratie. Nicht nur, daß die SPD-geführte Regierung die Sparpolitik eingeleitet hat, die Partei hat auch Ausmaß und Tiefe der Krise unterschätzt und sie als notwendigen Durchgangspfad zu einem neuen Aufschwung bzw. als Weltmarktanpassungskrise verstanden.

Auf diese Weise wurden und werden von den Konservativen getragene ideologische Erklärungen in der Arbeitnehmer-schaft verbreitet und ernährt.

Eine realistische Einschätzung der Krise erfordert aber das klare Aussprechen der auf unsere Gesellschaft zukommenden ökonomischen, sozialen, politischen und außenpolitischen Gefahren. Sozialdemokraten müssen der Krisendynamik eine entscheidende Alternative entgegensetzen. Es kommt darauf an, auf die Krise nicht in Einzelpunkten defensiv zu reagieren, sondern die Krise offensiv im Vertrauen auf die mehr und mehr zu entwickelnde Kampfkraft der Arbeitnehmer zu überwinden.

Der Regierung der Konservativen wird es mit ihrem Kurs mittelfristlich nicht gelingen, die strukturelle Krisenhaftigkeit zu beherrschen und damit eine Erholung der Gesamtwirtschaft einzuleiten. Die Unsicherheit der konservativen Vorderschaft in den nächsten Jahre ist damit vorgezeichnet.

Viele werden ihrer Hoffnungen enttäuscht werden und eine neuerliche Suche nach politischen Alternativen eröffnen. Krise, Orientierungslosigkeit und politische Radikalisierung erfordern eine politische Initiative der Arbeitnehmerbewegung und der Sozialdemokratie, die einen Ausweg aus dem Niedergang des Kapitalismus weist. Es ergibt sich die Notwendigkeit, unterschiedliche Forderungen und Interessen zu bündeln und für eine gemeinsame politische Stoßrichtung zusammenzufassen und so entlastete und desillusionierte Massen vor der politischen Resignation und den Rattenlängern des Irrationalismus zu bewahren.

Um die mit der kapitalistischen Krise einhergehenden Probleme und ihre Ursachen zu beseitigen, bedarf es eines Konzepts der Antikrisenpolitik. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Krise muß gerichtet sein auf eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, also auf eine neue ökonomische Logik, die nicht am Profitprinzip orientiert ist, sondern in der die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und Verbraucher in einem demokratischen Prozeß artikuliert und bereits vor und während der Produktion berücksichtigt werden. Dies schließt den Bruch mit den Prinzipien der Kapitalverwertung ein.

Antrag 35
Menschenwürdige Arbeit in einer menschenwürdigen Gesellschaft

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist international, strukturell und langandauernd. Sie ist keine der gewohnten konjunkturellen Krisen. Deshalb versagen auch die traditionellen, auf Anreiz der Konjunktur zielenden Krisenüberwindungsstrategien.

Hinzu kommt, daß die Unternehmer und ihre Verbände aus der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern und ihren Organisationen verabschiedet haben.

Diese Zusammenarbeit stünde den Handlungsstrategien des Kapitals im Wege. Das Kapital will die Erhöhung der Profite, den Abbau des Sozialstaates, Konkurrenz- und Branchenbereinigung durch Rationalisierung, Konzentration, Investitionszurückhaltung, Verlagerung und Vernichtung überschüssiger Kapazitäten und veralteter Technologien.

Vor diesem Hintergrund steht die SPD vor der Aufgabe, ein vernünftiges, realistisches, arbeitnehmerorientiertes wirtschaftspolitisches Programm zu entwickeln. Dieses Programm muß über die bloße Abwehr der konservativen Strategien hinausgehen und darf nicht allein die Weiterverfolgung vergangener sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik als Alternative beinhalten.

Zielvorgabe sozialdemokratischer Politik ist die menschenwürdige Gesellschaft, wie sie im Godesberger Programm gefordert wird. Voraussetzung dafür ist der Verzicht auf die Anerkennung des Anspruchs des Kapitals, in der gegenwärtigen Ökonomie die erfolgreiche und endgültige Form des Wirtschaftens gefunden zu haben. Maßstab sozialdemokratischer Politik muß eine Form des Wirtschaftens sein, die materielle, soziale und kulturelle Bedürfnisse des einzelnen und der Gesellschaft erfüllt und negative Folgen für Mensch und Natur auf ein Mindestmaß einschränkt.

Daraus folgt ein Programm einer aktiven, sozialverantwortlichen, ökonomischen und ökologischen Gesamtpolitik. Sie muß insbesondere orientiert sein an binnenwirtschaftlichen, beschäftigungswirksamen und nachfragestärkenden Investitionen in einer demokratisierten Wirtschaft.

Dieses Programm muß Lösungsansätze enthalten für drei zentralen Aufgaben:

- Bereitstellung menschenwürdiger Arbeit für alle
- Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für noch nicht und nicht mehr im Arbeitsprozeß Stehende
- Sicherung der natürlichen Grundlagen des Lebens und des Wirtschaftens.

Notwendige Bestandteile eines solchen Programms sind:

- Verankerung des Rechts auf Arbeit in Artikel 12 des Grundgesetzes
- Investitionsprogramme und Beschäftigungsprogramme nach den Kriterien rohstoffsparend, energiesparend, umweltfreundlich, und arbeitsintensiv für die Defizitbereiche der Marktwirtschaft, zum Schutz der Natur und der Arbeitskraft (wie Soziale Dienste, öffentlicher Nahverkehr, Wohnungsbau, Umweltschutz und Energieversorgung).
- Dies muß auch durch gezielte Förderung eines 2. Arbeitsmarktes in den obigen Sektoren geschehen. Die geforderten Arbeitsverhältnisse müssen sozialversicherungsrechtlich und tarifrechtlich abgesichert sein. Die Programme müssen die vorhandenen Qualifikationen der Arbeitssuchenden als Bestimmungsfaktor einbeziehen. Dabei ist ein Ziel, die Nachteile besonders belasteter Regionen auszugleichen.

- Arbeitszeitverkürzung und die Absicherung der arbeitsplatzschaffenden Effekte durch politische Begleitmaßnahmen gegen Arbeitsintensivierung und Rationalisierung
- Demokratisierung der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen, damit die Betroffenen, die Arbeitnehmer, über die Verwendung von Arbeitsstoffen, Einsatz von Fertigungstechniken, Rationalisierung und Arbeitsintensivierung, Produktionsumstellungen (Konversion), regionale und nationale Investitionspolitik mitbestimmen können. Nur so kann auch verhindert werden, daß Nachfragestärkung von den Unternehmen durch Preismanipulation aufgefangen wird.

- Eine umfassende Qualifizierungsoffensive, damit die Menschen neu erworbene Freizeit nutzen können, damit sie die Qualifikation für neue Arbeitsplätze erwerben können, damit sie sich an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können.

- Eine funktionsbezogene Reform der Sozialpolitik und eine daran orientierte Reform der Steuer- und Finanzpolitik. Diese Sozialpolitik muß präventiv und vorausschauend sein, damit negative Folgen der Produktion für Mensch und Umwelt vermieden werden können, und sie muß in der Lage sein, die allgemeinen Lebensrisiken solidarisch und sozialgerecht abzusichern.

Kostendämpfung im Gesundheitswesen muß durch Aufhebung der Preisautonomie der Anbieter (Ärzte, Phar-

makonzerne) und nicht durch Leistungseinschränkungen für die Versicherten erreicht werden.

Staatliche Sozialleistungen müssen durch Einkommensgrenzen auf die Bedürftigen konzentriert werden. Es ist jeweils zu entscheiden, ob eine zentrale oder dezentrale Organisation der Leistungsgewährung angemessen ist

- Die Steuer- und Finanzpolitik muß durch steuerliche Anreize für sozial- und umweltverträgliches einzelwirtschaftliches Verhalten und durch steuerliche Belastung für wirtschaftliches Verhalten, das schädliche Folgen hat, z. B. Energieverschwendung, lenkend in den Wirtschaftsprozess eingreifen und die Reform der Sozialpolitik stützen, indem sie Privilegien abbaut.
- Umstellung betrieblicher Abgaben und Steuern auf die Wertschöpfung.

Das Einbringen dieses Programmes in den parlamentarischen Beratungsprozeß muß ergänzt werden durch ein Konzept zur Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Der Ansatzpunkt ist die Vermittlung von Betroffenheit (und Interessen) in einer Offensive zur Demokratisierung betrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Investitionsentscheidungen. Dabei muß die SPD bereit sein, Konflikte einzugehen. Der Einfluß der Arbeitnehmer im Parlament und in der Gesellschaft wird abhängig sein von Engagement der SPD und Gewerkschaften, die Betroffenen zu mobilisieren.

I. Aktive Investitions- und Beschäftigungspolitik

Der Parteitag unterstützt die Forderung des OGB nach einem Investitions- und Beschäftigungsprogramm in Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von mindestens 20 Milliarden DM jährlich und schlägt folgende volkswirtschaftliche Bereiche vor, in denen die Privatwirtschaft weitgehend untätig bleibt, obwohl dafür gesellschaftlicher Bedarf besteht:

- Investitionen zur weiteren Energieeinsparung und verstärkte Förderungen von Maßnahmen zur alternativen Energiegewinnung sowie Energieverteilungssystemen; hier ist neben der Entwicklung von Fernwärmeprojekten der Einsatz von Nahwärmeeinseln, die wegen geringerer Kosten und geringerem Planungsaufwand kürzerfristig zum Tragen kommen, vorzuziehen.

- Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens: der öffentliche PNV muß nicht nur in den Ballungsbereichen, sondern auch in der Fläche ausgebaut werden. Die Bahn muß insbesondere im Güterverkehr Priorität erhalten, Fernstrecken und Umschlagseinrichtungen sind zügig auszubauen bzw. neu zu errichten.

- Gezielte Förderung von Vorhaben, die der Umstellung auf die Produktion von zivilen nützlichen Gütern dienen (Konversion).

- Verbesserung der Wohnungsvorsorgung durch preiswerte Wohnungen, insbesondere durch Genossenschaften, Wohnungsmodernisierung und Sanierung des Altbaubestandes (Spekulation ist zu verhindern), Wohnumfeldverbesserung, Stadt- und Dorfenerneuerungsmaßnahmen. Dies alles zu für Normalverbraucher annehmbaren Bedingungen.

- Wasserversorgung, insbesondere Wasserversorgung, Sicherung von Trink- und Brauchwasser, Gewinnung von Wasser ohne Zerstörung der Ökologie in den Gewinnungsgebieten.

- Verbesserung der Umweltqualität, Verschärfung der Immissions- und Emissionsauflagen für Luft, Boden und

Wasser. Forderung von Investitionen zur Umweltverbesserung

- Ausbau der Humandienste, Verbesserung der sozialen Dienste, Ausbau und Qualifizierung des Ausbildungsberufes (berufliche Aus- und Weiterbildung)

- Förderung von Arbeitsplätzen im zweiten Arbeitsmarkt als Instrument der Arbeitsmarktpolitik und Förderung des Genossenschaftswesens

Maßnahmen in diesen Bereichen sollen finanziert werden aus:

- Stärkere steuerliche Belastung nichtinvestiver Gewinne unter Berücksichtigung von Freigrenzen für kleinere und mittlere Unternehmen

- Intensivere Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität sowie illegaler Beschäftigung. Verbot der Leiharbeit und der Umgehung durch Scheinwerkverträge.

- Eine Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen, zu nächst zeitlich befristet.

- Eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige zur Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik.

- Einführung einer Wertschöpfungssteuer mit gemeindlichem Hebesatzrecht unter Einbeziehung der freien Berufe.

- Vermehrte Betriebsprüfungen.

- Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten (Rüstsungsausgaben sind deutlich zu senken).

- Senkung des Zinsniveaus und Einführung von Kapitalverkehrscontrollen.

- Abschaffung aller Formen der steuerlichen Begünstigung höherer Einkommen

- anstelle steuerlicher Absetzungsmöglichkeiten Abzüge von der Steuerschuld nach einheitlichen Sätzen;

- Anhebung der Spitzensteuersätze,

- Generelle Anwendung der Quellenbesteuerung für Zinserträge mit Freigrenzen für Kleinsparer;

- Verhinderung von Bodenspekulationen durch Baulandsteuer, Abschöpfung leistungsloser Planungsgewinne, Zeitnahe Besteuerung von Grund und Boden.

- Schaffung eines Sondervermögens Arbeit und Umwelt, das aus Einnahmen des Staates gespeist wird, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Umweltbelastung erhoben werden.

II. Abbau des Regionalgefälles

Zum Abbau des Regionalgefälles werden die Hessische Landesregierung, die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und soweit auf dieser Ebene geboten, die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, auf die Verwirklichung der folgenden Maßnahmen einzurwirken:

- Verlagerung und Neuerrichtung öffentlicher Institutionen und Verwaltungen in den strukturschwachen Räumen. Dies insbesondere zu Lasten der Ballungsräume.

- Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt an Firmen in strukturschwachen Gebieten durch ein Präferenzsystem; Bindung öffentlicher Aufträge an Auflagen für Bestand der Arbeitsplätze sowie eine Mindestquote von Ausbildungsstellen im auftragnehmenden Betrieb.

- Klare und kontrollierbare Bindungen an die Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze. Beteiligung der Betriebsräte bei der Mitvergabe, öffentliche Fördermittel sind nur als Betriebsbeteiligungen zu vergeben. Verstärkte Berücksichtigung Nordhessens bei Infrastrukturinvestitionen des Landes und des Bundes.

- Ausbau und Verbesserung des öffentlichen Verkehrsnetzes, Flächenschließung durch ÖPNV, Verkehrsverbund Kassel/Umland, Ausbau des DB-Fernnetzes und Erhalt des Güterverkehrsverkehrs sowie der strukturellpolitisch unverzichtbaren Nebenverkehrsstrecken.
- Förderung von Produktionsumstellungen mit dem Ziel, die Wirtschaftsstruktur der Region ausgewogener zu gestalten. Dazu gehört auch die Umstellung der Rüstungsproduktion auf nützliche Güter.
- Darüber hinaus sollten neue Programme aufgelegt werden, die als neue und produktive Infrastrukturleistungen anzusehen sind:
- Auflage eines Programmes zum Ausbau kommunaler Fernwärmenetze, vorrangig für die strukturschwachen Gebiete (z. B. Nahwärminseln).
- Auflage eines Programmes zur dezentralen Energieversorgung. Damit sollen kommunale und u. U. auch private Investitionen im Bereich Kraft/Wärme-Kopplung, Windenergie, Biogas, Wasserkraft, Solarenergie und Müllverwertung unterstützt oder initiiert werden. Durch Einsatz neuer Technologien entstehen Möglichkeiten für Entwicklung kleiner Betriebe/Müllverwertung.
- Förderung der Einführung neuer Produkt-Technologien (Produkt-Innovation) im strukturschwachen Raum. Öffentliche Investitionen für modernste Technologien, vordringlich in den strukturschwachen Räumen. Bindung der Forschungsförderung an ihre Durchführung in strukturschwachen Räumen. Gründung von Innovations-Beratungsstellen für kleine und mittelständige Betriebe sowie für Arbeitnehmervertretungen.
- Verstärkter Mitteleinsatz in der Altbaumodernisierung (Spekulationsobjekte sind zu verhindern) und in der Objektsanierung gerade in den relativ „heilen“ Gebieten Nordhessens.
- Fortsetzung des Dorferneuerungsprogramms und Einführung von Stadterneuerungsprogrammen (mittlerer Intensität); verstärkte Unterstützung kommunaler Maßnahmen und Planungen zur Stadtteilentwicklung (insbesondere Wohnumfeldverbesserung).
- Aufstellung eines umfassenden Landesfremdenverkehrsprogramms, dabei Vermeidung von Monstruktur und weiterer Inanspruchnahme der Landschaft; Anpassung des Fremdenverkehrs-Angebots an städtebauliche, soziale, ökologische und verkehrliche Voraussetzungen; danach sind die Kriterien für die förderungswürdigen Fremdenverkehrsorte sowie Maßnahmen festzulegen. Ausreichende Ausstattung des Landesfremdenverkehrs-Programms mit Finanzmitteln.
- Ausbau eines demokratischen Schul- und Berufsbildungssystems. Für die Schule wird gefordert:
 - Einrichtung weiterer Gesamtschulen;
 - Einführung der flächendeckenden Förderstufe;
 - Verbesserung der personellen, zukunftsorientierten, sächlichen (und inhaltlichen) Ausstattung
- Für die berufliche Bildung wird gefordert u. a.:
- Verstärkte Einbeziehung der Berufsschulen in die Bekämpfung von Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit (z. B. Trägerschaft von Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, u. a. sog. Benachteiligten-Programme, Berufsvorbereitungsmassnahmen).
- Förderung weiterer über- bzw. außerbetrieblicher zukunftsorientierter Ausbildungsgängen, letztere sollen auch an Berufsschulen angegliedert werden. Die innerbetriebliche Mitbestimmung muß sichergestellt werden. Außerdem

ist die Finanzierung abhängig zu machen von der paritätischen Kontrolle der Ausbildungsinhalte und der Garantie sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherter Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten.

- Schaffung von Einrichtungen der beruflichen Fort- und Weiterbildung, Umschulung und Wiedereingliederung. Hieran sind sowohl die Volkshochschulen, wie auch die beruflichen Schulen verstärkt zu beteiligen.

Auch bei diesen Einrichtungen muß die volle Mitbestimmung der Gewerkschaften sichergestellt werden (Voraussetzung für öffentliche Finanzbeteiligung).

III. Demokratisierung der Wirtschaft

Die unter I. und II. aufgeführten Maßnahmen zur Beeinflussung der Investitionen bieten nur in einem begrenzten Umfang Gewähr dafür, daß Investitionen in bestimmten, volkswirtschaftlich und konjunkturpolitisch notwendigen Bereichen und dort in entsprechendem Umfang getätigt werden. Es ist deshalb erforderlich, daß die Investitionsentscheidungen der Unternehmen einer gesellschaftlichen und menschenorientierten Lenkung unterworfen werden. Dabei sind alle staatlichen Instrumentarien auf ihre Verwendbarkeit zu überprüfen. Zudem sichert die Mitbestimmung der Arbeitnehmer davor, daß die Folgen der Krise einseitig auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Nur die uneingeschränkte Parität zwischen Arbeitnehmer und Kapitaleseite ist eine hinreichende Garantie dafür, daß sich Rationalisierungsprozesse, die Einführung neuer Technologien und der Strukturwandel in der Wirtschaft nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer vollziehen. Deshalb ist Mitbestimmung notwendiger denn je.

Deshalb fordern wir:

- die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auf Entscheidungen über Investitionsplanungen, die Arbeitsorganisation, den Einsatz neuer Technologien (die Arbeitgeber werden verpflichtet, vor der Einführung neuer Technologien den Nachweis der Unschädlichkeit im Hinblick auf Arbeitsplätze, Qualifikation und Gesundheit der Arbeitnehmer und auf die Umwelt zu erbringen), Verwendung von Arbeitsstoffen und Voterecht bei Nichtbeachtung des Arbeitsschutzes;
- Neuordnung der Unternehmensverfassung durch ein Unternehmensrecht, das die Rechte der mitbestimmten Organe stärkt und die volle Parität von Arbeit und Kapital bei allen wichtigen Entscheidungsprozessen der Unternehmen gewährleistet; deshalb muß die paritätische Mitbestimmung, die mindestens der Monatsmitbestimmung entspricht, verwirklicht werden;
- Sicherung der bestehenden Mitbestimmung in der Montanindustrie auf Dauer;
- Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, vor allem bei der Einführung neuer Technologien und der Arbeitsplatzgestaltung;
- Ausweitung des derzeitigen Rationalisierungsschutzkommens;
- Ausweitung des derzeitigen Kündigungsschutzrechts;
- Entwicklung eines Konzepts der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung. Dazu gehört
 - Die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten auf der Ebene der Regionen, der Länder und des Bundes;
 - als Schritt dazu ist die paritätische Mitbestimmung bei den Handwerkskammern und den Industrie- und Handelskammern einzuführen.
 - Die Einrichtung einer demokratisch kontrollierten Investitionsmeldestelle unter Beteiligung von Gewerkschaften, Un-

ternehmen und Parlament, bei der alle größeren Investitionsvorhaben und deren umweltbelastenden, sozialen und beschäftigungspolitischen Folgen anzuzeigen und von dieser zu genehmigen sind.

- fortlaufende Erhebung zur Konzentrationsentwicklung und ihrer Veroffentlichung.
- der Ausbau des Systems öffentlich gebundener Unternehmen mit möglichst direkter parlamentarischer Kontrolle und Einbindung in öffentliche Planungsziele.
- keine Überführung öffentlicher Dienstleistungen in private Hände
- Verbot der Aussperrung
- Sollten alle diese Maßnahmen nicht dazu führen, daß Investitionen in volkswirtschaftlich und konjunkturpolitisch notwendigen Bereichen erfolgen und den Bedürfnissen der breiten Bevölkerungsmehrheit dienen, fordern wir die Verstaatlichung des Kreditwesens.
- Zur Demokratisierung des öffentlichen Dienstes ist ein einheitliches Personalrecht im öffentlichen Dienst, die Änderung der Personalvertretungsgesetze und die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen und Eigenbetrieben notwendig.

IV. Arbeitszeitverkürzung

Der Parteitag bekräftigt die Forderung des Münchner Parteitages der SPD vom April 1982 nach weiteren Arbeitszeitverkürzungen. Flexibler Gestaltung der Arbeitszeit seitens der Arbeitenden und der Nutzung größerer Teile der Arbeitszeit für berufliche Aus- und Weiterbildung. Wir unterstützen die tarifpolitische Zielsetzung der Gewerkschaften zur Verkürzung der Arbeitszeit und fordern die Aufgabe des seit 1965 fortgeschriebenen Tabukataloges seitens der Arbeitgeber.

IV 1.

Der Parteitag hält folgende Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit für notwendig:

- Erste Priorität hat die allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden in einem Schritt, mit dem Ziel der Absicherung der Reallohnne; außerdem unterstützen wir die Forderung „Ausdehnung des Jahresurlaubes auf mindestens 6 Wochen für alle“.
- Dabei sind politische Entscheidungen nötig, die die arbeitsplatzschaffenden Effekte der Arbeitszeitverkürzung absichern durch Kontrolle der Arbeitnehmer über Arbeitsintensivierung und Rationalisierung.
- Herabsetzung des Rentenalters auf zunächst 60/58 Jahre im allgemeinen und weitere Herabsetzung in besonders belastenden Berufssparten, bei Sicherung eines angemessenen Alterseinkommens.
- Abbau von Überstunden und Sonderschichten.
- Es muß unter Wahrung des arbeits- und sozialrechtlichen Status sichergestellt werden, daß Teilzeitarbeit nicht zum Ausgleich von Belastungsspitzen dient, auch qualifizierte Tätigkeiten und gleichwertige Aufstiegschancen geboten werden und die Arbeitsbedingungen dem bei Vollzeitarbeitsplätzen üblichen Standard entsprechen.
- Keine Teilung von Vollzeitarbeitsplätzen, die die sozialpolitischen und betriebsorganisatorischen Risiken der Teilung auf die betroffenen Arbeitnehmer abwälzen (job sharing).
- Ablehnung von Fernarbeit und Heimarbeit

- Einschränkung von Nebentätigkeiten aller Art auf das absolute nicht zu umgehende Minimum
- Verbesserung der Möglichkeit des Einsatzes junger Menschen in der Entwicklungshilfe

IV 2.

Wir fordern

- Grundsätzliche Novellierung der Arbeitszeitverordnung
 - Herabsetzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden (mind.)
 - Überstunden nur mit Genehmigung der Belegschaftsvertreter für alle Beschäftigungsgruppen
 - Überstunden sollen durch Freizeit abgegolten werden
 - Recht auf Verringerung der Arbeitszeit seitens des Arbeitnehmers
 - Keine Nachteile für Arbeitende, die freiwillig AZV durchführen durch Novellierung des Sozialversicherungs- und Kündigungsrechts (beispielsweise Aufhebung der Versicherungsfreiheit für geringfügige Beschäftigung).
- Initiativen zu einer neuen Arbeitszeitregelung im öffentlichen Dienst mit dem Ziel, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, so z. B. durch ein Gesetz über Teilzeitarbeitsmöglichkeiten im gesamten öffentlichen Dienst.
- Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie.

V. Reform der Sozialpolitik

Arbeitsorientierte Sozialpolitik

- Zu einer arbeitsorientierten Sozialpolitik gehören.
 - ein Gesetz zur Humanisierung der Arbeit. Als unabdingbare Forderungen bedarf es hierbei der Sicherung des Einkommens und der Beschäftigung im Rahmen der Qualifikation, der Qualifikation des Schutzes der Gesundheit und der Reduzierung der Kontrollmöglichkeiten der Arbeitgeber über die Arbeitnehmer auf das Notwendigste; Mitbestimmung und Beteiligung an allen den Arbeitsplatz betreffenden Fragen sind unter dem Anspruch der Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung als berechtigter Anspruch zu regeln.
 - am Versacherprinzip orientierte gezielte Abgaben zur Verminderung der Schadstoffbelastung von Mensch und Natur.
 - als den wirksamen Schritt zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen ist das bestehende Marktgleichgewicht zwischen den Leistungsanbietern (insbesondere Ärzten, Krankenhäusern, Pharmakonzernen) und den Versicherten/Patienten/Krankensassen zugunsten der letzteren zu korrigieren.
 - Absicherung des Risikos Pflegebedürftigkeit durch eine gesetzliche Pflegeversicherung als besondere Pflichtversicherung, die die einzelnen Formen der Pflege (häuslich, ambulant, teilstationär, stationär) im Leistungskatalog abdeckt,
 - weitere Ausgestaltung des Schwerbehindertenrechts nach dem Finalprinzip. Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze, die nach dem gesetzlichen Gebot mit Schwerbehinderten zu besetzen sind. Erhöhung der gesetzlich vorgesehenen Ausgleichsabgabe, wenn diese Arbeitsplätze nicht mit Schwerbehinderten besetzt sind.
 - zur Sicherung des Generationenvertrages als Grundlage der Rentenversicherung sind die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung auf die Wertschöpfungsbasis umzustellen,

- die unterschiedlichen Alterssicherungssysteme sind in der Weise zu harmonisieren, daß vergleichbare soziale Tatbestände auch zu gleichwertigen sozialen Leistungen und Belastungen für alle Leistungsoplänger aus der Privatwirtschaft, öffentlichem Dienst und Landwirtschaft führen.
- von Selbständigen und Beamten ist eine Arbeitsmarktabgabe zu entrichten, der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung ist gleichfalls auf die Wertschöpfung als Bemessungsgrundlage umzustellen.

Antrag 39

Arbeitszeitverkürzung

Angeichts einer bis 1990 ansteigenden Zahl der Erwerbspersonen in der Bundesrepublik, eines stagnierenden oder geringen wirtschaftlichen Wachstums und angesichts zu erwartender umfassender Rationalisierungen in der Industrie und im Dienstleistungsbereich kommt der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung zentrale Bedeutung zu.

Dabei wird die alte Frage der Sozialdemokratie, wieviel Arbeit ist gesellschaftlich notwendig, wieviel ist gesellschaftlich wünschenswert und wie wird sie gerecht verteilt, neu diskutiert werden müssen. In jedem Fall steht bereits heute fest, daß ohne Arbeitszeitverkürzungen die Arbeitsmarkprobleme nicht gemeistert werden können.

Der Bundesparteitag unterstützt den Kampf der Gewerkschaften um die 35-Stunden-Woche.

I. Bei den Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung muß die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich im Vordergrund stehen. Sie hat den größten Arbeitsmarkteffekt. Sie trägt dazu bei, daß die physische und psychische Belastung der Arbeit laufend ausgeglichen wird.

Sie ermöglicht Männern und Frauen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Sie ermöglicht gesellschaftliche und politische Beteiligung neben dem Beruf.

Zur Bewältigung der arbeitsmarktpolitischen und gesellschaftlichen Probleme ist die 35-Stunden-Woche ein realistisches Ziel.

Die Zulassung von Überstunden ist drastisch zu begrenzen und dort, wo sie geleistet werden, mit Freizeit zu entgelten.

II. Die Lebensarbeitszeitverkürzung bringt für Arbeitnehmer, die jetzt vor dem Ende ihrer Berufslaufbahn stehen und in ihren besten Jahren 48 bis 60 Stunden wöchentlich gearbeitet haben, die Krieg und Wiederaufbau unseres zerstörten Landes stärker als andere Generationen belastet haben, die begrüßenswerte Entlastung.

Die SPD unterstützt deshalb die Gewerkschaften bei der Durchsetzung einer wirksamen Vorruhestandsregelung. Allerdings bringt die Lebensarbeitszeitverkürzung auch eine Reihe von Problemen:

Nach wie vor bestimmt Arbeit das Selbstwertgefühl des Menschen – alle neueren Untersuchungen bestätigen das. Die immer noch steigende Lebenserwartung läßt es fraglich erscheinen, ob das Verhältnis von Arbeitslebenszeit und Rentnerlebenszeit stimmig ist. Der altersmäßige Aufbau unserer Bevölkerung läßt Rentenprobleme erwarten, die ohnehin kaum lösbar erscheinen. Ein großer Teil der Kosten der Lebensarbeitszeitverkürzung muß von der öffentlichen Hand getragen werden.

Der Arbeitsmarkteffekt einer Vorruhestandsregelung reicht nicht aus, um die Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Daher ist einem gestuften Übergang von Arbeitsleben in das Rentenleben der Vorzug zu geben, in dem abschnittsweise tägliche Arbeitszeitverkürzungen in Anspruch genommen werden können. Vorrang sollen dabei im Arbeitsleben stark belastete Gruppen erhalten, wie z. B. Nacht- und Wechselschichtarbeitnehmer.

III. Teilzeitarbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren von den Arbeitgebern genutzt worden, um sozial gesicherte Voll- und Teilzeitarbeitsplätze zu ersetzen durch sozial schlecht oder gar nicht gesicherte Arbeitsverhältnisse (z. B. kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, EDV-unterstützte Personaleinsatzplanung).

Sozial gesicherte qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze sind in allen Bereichen abgebaut worden. Die Forderung nach mehr Teilzeitarbeitsplätzen scheint daher keine Lösung zu bieten. Der jetzigen Regierungskoalition dienen die Versprechungen, mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen, vorrangig dazu, Frauen aus dem Arbeitsleben zu verdrängen.

Für Sozialdemokraten sind Teilzeitarbeitsplätze nur akzeptabel, wenn rechtlich gesichert wird,

- daß sie sozialversicherungspflichtig sind von der ersten Stunde an,
 - daß ein Teilzeitarbeitsplatz dieselben sozialen Leistungen umfaßt wie ein normaler Arbeitsplatz (z. B. Urlaub, Kündigungsschutz, Freistellung bei Krankheit der Kinder),
 - daß sie der vollen Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte unterliegen,
 - daß Inhaber/innen von Teilzeitarbeitsplätzen den gleichen Anspruch auf Schulungsmaßnahmen und innerbetriebliche Förderung haben wie Inhaber/innen von Vollzeitzeitarbeitsplätzen,
 - daß in einem Betrieb oder einer Verwaltung soweit möglich Teilzeitarbeitsplätze auf allen Qualifikationsebenen angeboten werden.
- Das von der CDU/CSU und Teilen der Wirtschaft propagierte Job-Sharing, das keine hinreichende soziale Sicherung der Arbeitnehmer umfaßt, wird von der SPD abgelehnt.

IV. Als Gegenoffensive zur Verhinderung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich propagieren die Arbeitgeber eine „Flexibilisierung“ der Arbeitszeitregelung.

Die Unternehmensverbände verlangen die Auflösung tarifvertraglicher Bindungen, individuelle Festlegung von Lage und Dauer der Arbeitszeit im Rahmen der täglichen und wöchentlichen wie der Jahres- und Lebensarbeitszeit, sie propagieren Job-sharing und Arbeit auf Abruf je nach wechselndem Arbeitsanfall. Dazu muß man feststellen:

Durch die Teilung von Vollzeitzeitarbeitsplätzen auf mehrere Arbeitnehmer (Job-sharing) und Ausweitung der Teilzeitarbeit, durch Arbeit auf Abruf (Kapovaz) können die Beschäftigungsprobleme nicht gemildert werden. Diese Maßnahmen dienen in Gegenteil als Instrumente der Rationalisierung, die zu Leistungsverdrichtung und Vernichtung von Arbeitsplätzen führen.

Insbesondere können weder von Job-sharing noch von Kapovaz die Beschäftigungsprobleme von Frauen gelöst werden. Zwei Drittel aller arbeitslosen Frauen suchen einen Vollzeitzeitarbeitsplatz. Sie bleiben in der Funktion der arbeitsmarktpolitischen Reserve. Die traditionelle Rollenverteilung wird weiter manifestiert.

Teilzeitarbeit bedeutet auch: Weniger qualifizierte Arbeit ohne Aufstiegschancen, das Unterlaufen von Sozialleistungen und gerade beim Job-sharing, daß die Verantwortung für den gesamten Arbeitsablauf auch während Urlaubs- und Krankheitszeiten voll auf die Arbeitnehmer übertragen wird.

Der Bundesparteitag lehnt alle Bestrebungen ab, die durch gesetzliche Maßnahmen die Tarifvertragsbindungen lockern und die Voraussetzungen für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit erleichtern oder schaffen sollen.

V. Die SPD unterstützt deswegen die Aktion der Gewerkschaften zur Erreichung der 35-Stunden-Woche. Sie fordert alle Gliederungen auf, mit Konferenzen und einer Vielfalt von öffentlichkeitswirksamen Aktionen dieses Ziel zu unterstützen.

